

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Der imaginäre Krieg

von Patrick Lawrence



Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein jüngstes Buch ist «Time No Longer: Amerikaner nach dem amerikanischen Jahrhundert». Auf Twitter findet man ihn bei @thefloutist. Seine Webseite lautet PatrickLawrence.com.

Es hat damit angefangen, dass das Biden-Regime und die Presse die russischen Ziele in der Ukraine falsch dargestellt haben. Alles andere hat sich daraus ergeben.

Was würden die politischen Cliquen, die «Geheimdienste» und die Presse, die ihnen zuarbeitet, tun, wenn sich der Krieg in der Ukraine, von dem sie unablässig reden, als imaginär entpuppt, als ein Marvel-Comic-Krieg*, ein Krieg, der wenig mit der Realität zu tun hat? Das habe ich mich seit Beginn der russischen Intervention am 24. Februar gefragt. Ich wusste, dass die Antwort, wenn wir sie endlich bekämen, interessant sein würde.

Jetzt haben wir eine. Nimmt man die von der Regierung beaufsichtigte «New York Times» als Leitfaden, ist das Ergebnis eine Variante dessen, was wir gesehen haben, als das Russiagate-Fiasko aus den Fugen geriet:

Diejenigen, die sowohl Vorurteile als auch Zustimmung produzieren, schleichen durch die Seitentür hinaus.

Ich könnte Ihnen sagen, dass ich nicht beabsichtige, die «Times» bei dieser wilden Schikane herauszugreifen, aber ich tue es doch. Die einstmals, aber mittlerweile nicht mehr angesehene Zeitung ist nach wie vor einzigartig böse in ihren Täuschungen und Betrügereien, wenn sie den ahnungslosen Lesern die offizielle, aber imaginäre Version des Krieges aufzwingt.

1945 und 2022:

Demilitarisierung und Denazifizierung

Wie sich die aufmerksamen Leser von *Consortium News* erinnern werden, sprach *Wladimir Putin* eindeutig, als er der Welt die Absichten Russlands bei Beginn seiner Intervention mitteilte. Diese waren zwei: Die russischen Streitkräfte gingen in die Ukraine, um sie zu «entmilitarisieren und zu entnazifizieren» – zwei begrenzte, definierte Ziele.

Ein aufmerksamer Leser dieser Kommentare wies kürzlich in einem Kommentar-Thread darauf hin, dass der russische Präsident einmal mehr bewiesen hat, dass er, was immer man auch von ihm halten mag, ein fokussierter Staatsmann mit einem ausgezeichneten Verständnis der Geschichte ist: Auf der *Potsdamer Konferenz* im Juli/August 1945 erklärten die Siegermächte UdSSR, USA und Grossbritannien ihre Nachkriegsziele in Deutschland als «die vier D's». Diese waren Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung.

David Thompson, der mich auf diesen historischen Hinweis aufmerksam gemacht hat, verdient hier, erwähnt zu werden: «Putins Wiederholung der auf der *Potsdamer Konferenz* festgelegten Grundsätze der Denazifizierung und Demilitarisierung ist nicht nur eine altmodische Verbeugung vor der Geschichte. Er hat den Vereinigten Staaten und Grossbritannien ein Zeichen gesetzt, dass die 1945

in Potsdam getroffene Vereinbarung immer noch relevant und gültig ist ...»

Eine gerechte und stabile Ordnung muss Sicherheitsinteressen aller Seiten dienen

Der russische Präsident, dessen Argumentation gegenüber dem Westen darin besteht, dass eine gerechte und stabile Ordnung in Europa den Sicherheitsinteressen aller Seiten dienen muss, hat lediglich die Ziele wiederholt, zu deren Verwirklichung sich das transatlantische Bündnis einst verpflichtet hatte. Mit anderen Worten, er wies auf die grobe Heuchelei dieses Bündnisses hin, das die ideologischen Nachfahren der deutschen Nazis aufrüstet.

Ich verweile bei diesem Thema, weil der imaginäre Krieg mit der völlig unverantwortlichen Falschdarstellung der Ziele der Russischen Föderation in der Ukraine durch das *Biden*-Regime und die Presse begann. Alles andere hat sich daraus ergeben.

Sie erinnern sich: Die russischen Streitkräfte wollten das ganze Land «erobern», das Kiewer Regime auslöschen, eine Marionettenregierung einsetzen und dann nach Polen, in die baltischen Staaten, nach Transnistrien und in die restliche Republik Moldau vorstossen, und wer weiss, was noch alles. Die Entnazifizierung, so können wir jetzt lesen, ist ein fauler Trick des Kremels.

Die nächste Ausgabe des Comics kam auf den Markt, nachdem sie in diesem Punkt glatt gelogen hatte. Russland scheitert an seinen vermeintlichen Zielen. Niedrige Moral, hohe Desertionsraten, schlecht ausgebildete Truppen, die nicht genug zu essen haben, logistische Fehler, miserable Artillerie, unzureichende Geschütze, inkompetente Offiziere: Die Russen waren auf eine Niederlage auf ukrainischem Boden gefasst.

Die Kehrseite der Medaille waren das Heldentum, der Mut und der Kampfeswille der ukrainischen Truppen, nicht zuletzt des *Asow*-Bataillons, die keine Neo-Nazis mehr

waren. Die «Times», der «Guardian», die *BBC* und verschiedene andere Mainstream-Publikationen und -Sender hatten uns zuvor über diese ideologischen Fanatiker informiert. Das war damals, das ist heute.

Lauter erfundene Erzählungen

Das Problem war, dass es zu diesem Zeitpunkt keine Erfolge auf dem Schlachtfeld zu vermelden gab. Die Niederlagen hatten in der Tat begonnen. Etwa im Mai, als das *Asow*-Bataillon, so heldenhaft und demokratisch es auch sein mag, in Mariupol zur Kapitulation gezwungen wurde, war es Zeit für – das musste einfach sein – russische Greuelthaten.

Wir hatten das Theater und die Entbindungsklinik in Mariupol, wir hatten das berühmte Gemetzel in Butscha, einem Vorort von Kiew; verschiedene andere sind gefolgt. Was genau in diesen Fällen geschah, wurde nie von glaubwürdigen, unparteiischen Ermittlern festgestellt; zahlreiche Beweise dafür, dass die ukrainischen Streitkräfte die Verantwortung tragen, werden von vornherein abgetan. Aber wer braucht schon Untersuchungen und Beweise, wenn die brutalen, kriminellen, wahllos rücksichtslosen Rrrrussen schuldig sein müssen, wenn der imaginäre Krieg weitergehen soll?

Meine unangefochtenen Favoriten in dieser Reihe stammen von *CNN*, das in diesem Frühjahr ausführlich über Behauptungen – natürlich ukrainische Behauptungen – berichtete, dass russische Soldaten junge Mädchen und Jungen bis hin zu Säuglingen im Alter von wenigen Monaten vergewaltigen würden.¹

Der Sender liess diese Untersuchung abrupt fallen, nachdem die hochrangige ukrainische Beamtin, die diese Anschuldigungen verbreitete, ihres Amtes enthoben wurde, weil die Anschuldigungen erfunden sind.² Ein kluger Schachzug von *CNN*, denke ich: Propaganda muss nicht sehr subtil sein, wie die Geschichte zeigt, aber sie hat ihre Grenzen.

Kurz nachdem die Erzählung von den Greuelthaten gereift war, begann das Thema «Die Russen stehlen ukrainisches Getreide». Die *BBC* hat dazu eine besonders schöne Darstellung geliefert. Schauen Sie sich diese Video- und Textpräsentation an und sagen Sie mir, ob es nicht das Niedlichste ist, was Sie je gesehen haben, mit so vielen Löchern wie die Spitzengardinen meiner irischen Grossmutter.³

Aber zu diesem Zeitpunkt gab es Probleme. Die russischen Streitkräfte mit ihren Desertionen, veralteten Waffen und dummen Generälen nahmen in der Ostukraine eine Stadt nach der anderen ein. Das waren – und das ist das Haar in der Suppe – keine imaginären Siege.

Raus mit dem «Krieg läuft gut»-Thema und rein mit dem wahllosen Einsatz von Artillerie durch die brutalen Russen. Das war eine «primitive Strategie», wollte uns die «Times» wissen lassen. In der Schrecklichkeit des Krieges beschiesst man eine feindliche Stellung nicht, bevor man sie einnimmt. Mittelalterlich.

In letzter Zeit gibt es ein weiteres Problem für die Beschwörer des imaginären Krieges. Das ist die Anzahl der Toten. Die Menschenrechtsbeobachtungsmission der Vereinten Nationen meldete, dass die Anzahl der zivilen Todesopfer Anfang Mai bei über 3380 lag und sich im Juni auf 4509 erhöht hat, während 3680 Zivilisten verletzt wurden. (Und in einem Krieg schiessen und töten beide Seiten.)

Verflucht noch mal, riefen sie auf der Eighth Avenue. Das ist in diesem imaginären Krieg bei weitem nicht genug. In ihrem

Auch im Krieg aktiv am Frieden arbeiten

Als Ende Juli, Anfang August 1914 die Züge an die Front rollten, waren viele Waggon beschriftet. Neben viel Kriegsgeschrei war auch zu lesen: «Weihnachten sind wir wieder zu Hause.»

Am Ende waren es mehr als vier Jahre Krieg, mehr als 15 Millionen tote Soldaten und Zivilpersonen sowie ein radikal verändertes Europa und eine andere Welt. Und kaum 20 Jahre später ein zweiter Weltkrieg mit noch viel grösseren Zerstörungen, mehr als 60 Millionen Toten und einer neuen Epoche der Geschichte.

«Wenn man erst einmal den Krieg entfesselt hat, dann kann buchstäblich alles passieren.» Diese Aussage des namhaften australischen Publizisten *John Pilger* (vgl. Artikel auf Seite 2) regt sehr zum Nachdenken an – und zum Fragen: Wer hat den Krieg in der Ukraine, von dem seit dem 24. Februar jeder spricht – der aber viel früher angefangen hat – entfesselt? Wann, wie und wozu wurde er entfesselt? Auf diese beiden Fragen gibt es schon jetzt einige gute Antworten. Auch diese Zeitung hat mit vielen Beiträgen versucht, Antworten auf diese Fragen zu geben. Aber es gibt auch weitere Fragen. Fragen, die in die Zukunft weisen. Die wichtigste davon: Wie und wann wird dieser Krieg mit welchen Folgen enden? Und daran anknüpfend: Haben wir Bürger eine Möglichkeit, etwas zu diesem Ende beizutragen?

Die Informations- und vor allem die Meinungs- und Propagandaflut zum Krieg ist riesig.

Als Bürger mit Herz und Verstand hofft man jeden Tag vor allem auf eines: auf Silberstreifen des Friedens am Horizont. Und in der Tat finden sich immer wieder Anhaltspunkte dafür, dass die Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende berechtigt sein könnte. Um dann am nächsten Tag durch neue Meldungen wieder enttäuscht zu werden. So ist auch in unseren westlichen Medien einerseits zu hören, dass der Unmut über die katastrophalen Auswirkungen der eigenen Sanktionen auf die Weltwirtschaft und die eigenen Länder von Tag zu Tag wächst, und es kommen auch Stimmen zu Wort, die die Möglichkeit einer militärischen «Lösung» entschieden verneinen und für eine Verhandlungslösung – so schnell wie möglich – plädieren. Zugleich sind Durchhalteparolen bis zum «Endsieg» zu vernehmen und immer wieder die Propagandaformel von der Bösartigkeit Russlands und insbesondere des Präsidenten des Landes. Es sei hier offengelassen, ob dieses Wechselbad der Gefühle bewusst erzeugt wird – zum Beispiel, um die Menschen zu entmutigen und von einem eigenen Engagement für den Frieden abzuschrecken.

Realistisch ist es, davon auszugehen, dass auf beiden Seiten der Front eine umfassende Kriegsmaschinerie – mit allem, was dazugehört – in Gang gesetzt worden ist und sich an dieser Front eben nicht nur Russland und die Ukraine, sondern viele Staaten der Welt gegenüberstehen. Die Rede von einem «Weltkrieg»

ist nicht abwegig. Dass es dabei nicht um Gut gegen Böse, Freiheit und Demokratie gegen Diktatur und Gewaltherrschaft geht, ist offensichtlich. Sich als Bürger vorzunehmen, diesen Krieg mit grossen Schritten schon morgen beenden zu wollen, ist ebenso unrealistisch.

Aber diese Erkenntnis bedeutet nicht Entmutigung. Der mutige Mensch stellt zwei Fragen: Was trägt – und was trägt nicht – zum Frieden bei? Und dann auch: Was kann ich tun? Was will ich tun?

Nicht zum Frieden trägt bei, der Kriegspropaganda auf den Leim zu gehen. Auf Feindbilder hereinzufallen. Mitzumachen bei der scharfen Einteilung in Gut und Böse. Die Kriegstrommeln zu rühren. Hochmut und Realitätsverweigerung ...

Und was trägt zum Frieden bei? Zeitlos gültig sind die klassischen Kardinaltugenden: Mut, Klugheit, Gerechtigkeit und das rechte Mass. Bescheidenheit und keine grossen Worte. Brücken bauen zwischen den Menschen und zwischen den Völkern. Verstehen und verständlich machen. Nach der Wahrheit suchen. Sich aufklären lassen und selbst aufklären. Die künftige Generation friedensfähiger erziehen und bilden. Mitmensch sein im Hier und Jetzt. Anerkennung und Reflexion der eigenen Stärken und Schwächen ... Und immer wieder erneut die Fragen wälzen: Was trägt nicht ... und was trägt zum Frieden bei?

Karl-Jürgen Müller

Fortsetzung auf Seite 2

«Die Mainstream-Medien sind Teil eines Propagandakrieges»

John Pilger über die Lügen des Westens und den Aufmarsch gegen China

ts. Er gilt als einer der letzten grossen Journalisten unserer Zeit, als Inspiration für viele junge. John Pilger (*1939), der australische Journalist, Autor und Dokumentarfilmer, hat sein Leben dem Streben nach Wahrheit gewidmet. Er habe seine Karriere damit verbracht, für den Mainstream zu arbeiten, und dabei über neun Kriege berichtet. Noch nie aber habe er eine Berichterstattung gesehen, «die so vollständig von einem Tsunami von Hurratriotismus und manipulativem Hurratriotismus» geflutet worden sei wie die vom Ukraine-Krieg. «Und genau deshalb sollte man nichts mehr glauben.» Und: Nicht übersehen werden dürfen die westliche Stimmungsmache und der Aufmarsch gegen China.

Anfeindungen nimmt er gelassen. Der grosse Journalist James Cameron habe einmal gesagt, «wenn sie dich einen «Kommunisten» nennen, besonders einen «kommunistischen Juden», dann weisst du, dass du etwas richtig machst, du hast Erfolg.» In der «South China Morning Post» gab Pilger kürzlich ein Interview und erinnerte an die Rolle von Propaganda bei Kriegen. Dies sei auch beim Ukraine-Krieg nicht anders. «Sie müssen bedenken, dass dies vor allem ein Krieg der Propaganda ist. Und ich denke, fast nichts, was man in der westlichen Presse über den Einmarsch in die Ukraine liest, kann man trauen.» Skepsis sei am Platz, er sei sich aber nicht sicher, ob die Leser und Zuschauer in den USA und Europa die Fähigkeit dazu besitzen. «Das ist jetzt entscheidend, denn man kann nichts mehr glauben. Jeden Tag, wenn ich die Medien lese, schaue ich mir die Quelle an, und es ist der ukrainische Geheimdienst.» Die Propagandaoperation in der Ukraine sei «ziemlich brillant». «Sie haben es geschafft, einen Angriff mit chemischer Kriegsführung zu erfinden, ohne dass es einen gab. Sie haben es geschafft, aus den westlichen Medien herauszuhalten, dass ein grosser Teil der Ukraine verseucht ist, wenn nicht von, so doch mit wahren Extremisten verseucht ist, Faschisten, «Neonazis» werden sie genannt.» Die USA spielten die führende Rolle in der Ukraine. Man dürfe aber nicht vergessen, «dass sich die USA einen Dreck um

die Ukraine scheren. Die Ukraine ist nur ein Spielball in diesem Spiel.» Ziel der USA sei, so deren Verteidigungsminister wörtlich und öffentlich, die Russische Föderation zu zerstören. «Das ist schon seit langem bekannt. Das ist wahrscheinlich das gefährlichste Projekt in der heutigen Welt, denn die Russen werden das nicht zulassen.»

Den Konflikt zu verstehen, heisse, beide Seiten zu Wort kommen zu lassen. Vor dem 24. Februar dieses Jahres hätten sich 60 000 ukrainische Soldaten an der Kontaktlinie quer durch den Donbass befunden. «Für die Russen ist der Donbass das letzte Sprungbrett. [...] Alles in der modernen russischen Geschichte und in der nicht ganz so modernen Geschichte sagt uns, dass die Russen dies niemals dulden werden. Dass sie dies als eine Bedrohung ansehen, und sie haben viel von ihrer Geschichte, um das zu rechtfertigen. In jeder Diskussion über Geopolitik

muss die Geschichte Teil der Analyse sein.» Es sei schiere westliche Ignoranz gegenüber Russland, aber auch gegenüber China, dass wir deren Perspektive nicht einnehmen wollten. Dies solle keineswegs Putins Invasion gutheissen oder sie billigen, aber verstehen müsse man sie. Russland werde daraus keinen Nutzen ziehen. «Wenn man erst einmal den Krieg entfesselt hat, dann kann buchstäblich alles passieren.»

Als Mainstream-Journalist habe er über neun Kriege berichtet, noch nie aber habe er einen derartigen «Tsunami von Hurratriotismus und manipulativem Hurratriotismus» erlebt. Er sage den Leuten immer, sie müssten vor dem Fernseher alle Nachrichten dekonstruieren, sie überprüfen. Wenn das nicht möglich sei, sie verwerfen. Weil er wie die meisten Menschen nicht die Zeit dazu habe, gebe es nur eines: sie zu ignorieren. Denn: Habe es früher noch Platz für

Journalisten gegeben, die der Wahrheit verpflichtet waren, auch in London, in der Fleet Street, dem damaligen Pressebezirk, seien diese Räume heute geschlossen. Man möge zwar die Sozialen Medien beargwöhnen, aber «es bedeutet, dass wir zumindest die Möglichkeit haben zu hinterfragen, was wir sehen und hören und in den Mainstream-Medien lesen». Denn diese «Mainstream-Medien sind Teil eines Propagandakrieges. Das ist nicht gesagt oder gemeint, um in irgendeiner Weise Agitprop zu betreiben und gegen das Handwerk zu sprechen, das mir während meiner gesamten Karriere ein Zuhause gab. Aber das ist die Wahrheit, und wir müssen skeptisch sein. Wir müssen absolut allem gegenüber skeptisch sein.»

China von 40 US-Basen umzingelt

Als Australier beobachtet Pilger auch die Stimmungsmache gegen China. Es sei ein «sanfter Krieg», der bereits gegen China geführt wird. Das ist es, womit wir Tag für Tag leben. Das ist extrem gefährlich.» Oft werde tendenziös über Chinas Selbstbehauptung im Südchinesischen Meer berichtet, Tatsache sei aber, und das werde gezielt verschwiegen, «dass China von etwa 40 US-Basen umgeben ist, den ganzen Weg von Australien über den Pazifik bis hinauf nach Asien, bis nach Korea und Japan und Okinawa. Schwimmende Basen, die alle auf das industrielle Kernland China abzielen.»

Wie es um die Unabhängigkeit Australiens von den USA bestellt sei? «Australien folgt den Vereinigten Staaten. Die australische Aussenpolitik, das Militär, sein Geheimdienst, seine Medien, ein grosser Teil des öffentlichen intellektuellen Lebens ist in die Vereinigten Staaten integriert.» Es sei oft eine Beleidigung, Australien als 51. Staat der USA zu bezeichnen. «Aber er ist es.» Was die USA begehrten, das bekämen sie normalerweise auch.

Wo sind die Journalisten aus Europa, die es dem aufrechten Kämpfer für die Wahrheit aus «down under» gleichtun?

Quelle: «This is a war of propaganda»: John Pilger on Ukraine and Assange. Talking Post with Yonden Lhatoo». South China Morning Post vom 9.7.2022; <https://www.youtube.com/watch?v=u9pEotvIW-s>

Das Ende des unabhängigen investigativen Journalismus

John Pilger über Assanges Auslieferung an die USA

«Wenn Julian an die Vereinigten Staaten ausgeliefert wird, ist dies das Ende wirklich unabhängigen investigativen Journalismus», ist John Pilger überzeugt. «Wer wird dieses Risiko noch einmal eingehen, wenn die Vereinigten Staaten und andere Länder, aber vor allem die Vereinigten Staaten, überall auf der Welt Zugriff haben? Sie nehmen einen Journalisten fest, weil er etwas schreibt oder etwas enthüllt, das sie nicht gutheissen.»

Zensur? Nur bei den anderen? Folter? Nur bei den anderen? Für Pilger gibt es keinen Zweifel: «Wenn Julian in die Vereinigten Staaten geht und tatsächlich in ein strafrechtliches Höllenloch geworfen wird, wird das sein Ende sein, buchstäblich. Er wird sterben. Alles ist besser natürlich, als in die Vereinigten Staaten zu gehen. Aber die Folter, und das ist kein Wort, das ich leichtfertig benutze, die Folter, die er erlitten hat, hat den Mann furchtbar viel gekostet.»

Und was tut sein Heimatland Australien für seinen Bürger Assange? «Das ist einer der ungeheuerlichsten, unerhörtesten Aspekte, in diesem Fall mit Julian, dass er australischer Staatsbürger ist. Aber Australien hat keinerlei Anstrengungen unternommen, um einen der eigenen Bürger zu schützen.» Dabei habe Assange kein Verbrechen begangen. Es handle sich um einen Journalisten, «der um sein Leben kämpft und für das Recht des echten Journalismus, die Wahrheit über Regierungen zu veröffentlichen.»

Die Appelle von Assanges Vater, aber auch jener von Pilger fanden kein Gehör bei Premierminister Anthony Albanese. Pilger: «Bedeutet die Nationalität nichts? Nun, offensichtlich bedeutet sie nichts, denn Australien hat nicht nur nichts getan, es hat mit den Vereinigten Staaten konspiriert, um Julian dort zu halten, wo er ist.»

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=u9pEotvIW-s>

«Der imaginäre Krieg»

Fortsetzung von Seite 1

verzweifelten Bemühen um eine grausam hohe Anzahl von Toten veröffentlichte die «Times» am 18. Juni «Tod in der Ukraine: Ein Sonderbericht»⁴. Was für eine Lektüre. Der Bericht enthält nichts als Andeutungen und bedeutungslose Mutmassungen. Aber der imaginäre Krieg muss weitergehen.

Der «Sonderbericht» der «Times» – dumda-da-dum – stützt sich auf Phrasen wie «Zeugenaussagen und andere Beweise» und «Tausende von mutmasslichen Toten». Die Beweise stammen übrigens fast ausschliesslich von ukrainischen Offiziellen – wie auch ein übermässiger Teil der von der «Times» veröffentlichten Informationen.

Es gibt ein schönes Zitat: «Menschen werden wahllos oder plötzlich oder ohne ersichtlichen Grund getötet.» Wow! Ist das verdammenswert oder nicht?

Aber ein anderes Problem. Diese Beobachtung stammt von einem Richard Kohn, der an der Universität von North Carolina emeritiert ist. Ich hoffe, der Professor hat einen schönen Sommer in Chapel Hill.

Ende Juni fiel – oder stieg auf, je nach Sichtweise – Sievierodonetsk und kurz darauf auch Lyssytschansk und die gesamte Provinz Luhansk. Jetzt kommen hier und da die Beichtgeschichten. Die ukrainischen Streitkräfte sind so verwirrt, dass sie sich gegenseitig beschiesse, lesen wir. Sie können ihre Funkgeräte nicht bedienen, und – eine geschickte Kehrtwendung – ihnen gehen Nahrung, Munition und Moral aus. Unausgebildete Soldaten, die sich zum Patrouillieren in ihren Vierteln gemeldet haben, verlassen die Frontlinien.

Realitätsverweigerer

Es gibt die Verweigerer. Die «Times» berichtete letzte Woche, dass die Ukrainer, die in

Luhansk am Ende sind, eine Gegenoffensive im Süden planen, um verlorenes Gebiet zurückzuerobieren. Wir alle brauchen unsere Träume, nehme ich an.

Zur Überraschung vieler veröffentlichte Patrick Lang, der normalerweise ein scharfsinniger Beobachter militärischer Angelegenheiten ist, am vergangenen Freitag auf seinem Turcopolier den Artikel «Unfähig, sogar seine eigenen Panzer zu reparieren, ist Russlands Demütigung nun komplett»⁵. Der pensionierte Oberst prophezeit den Russen «eine plötzliche Wende des Schicksals». Nein, ich halte nicht den Atem an.

Haben Sie genug von diesem imaginären Krieg? Ich schon. Ich lese diesen Schrott täglich als berufliche Verpflichtung. Einiges davon finde ich amüsant, aber im grossen und ganzen macht es mich krank, wenn ich daran denke, was die amerikanische Presse sich selbst und ihren Lesern antut.

Für das Protokoll: Es ist schwer zu sagen, was genau auf den tragischen Kriegsschauplätzen der Ukraine passiert. Wie schon früher an dieser Stelle erwähnt, gibt es nur sehr wenige Berichte von professionellen, wirklich neutralen Korrespondenten.⁶ Aber ich stelle hier meine Vermutung an, und mehr ist es nicht.

Dieser Krieg hat sich mehr oder weniger unauffhaltsam in eine Richtung entwickelt: Im wirklichen Krieg sind die Ukrainer von Anfang an auf einem langsamen Marsch in die Niederlage gewesen. Sie sind zu korrupt, zu sehr in ihrer fanatischen Russophobie gefangen, um eine wirksame Truppe zu organisieren oder auch nur den Überblick zu behalten.

Es handelt sich nicht um einen gnadenlosen Zermürbungskrieg, wie man uns glauben machen will. Er geht langsam voran, weil die russischen Streitkräfte darauf bedacht zu sein scheinen, die Anzahl der Opfer zu begrenzen

– ihre eigenen und die der ukrainischen Zivilisten. Ich habe mehr Vertrauen in die Zahlen der Uno als in diesen dümmlichen, nichtssagenden «Sonderbericht», den die «Times» gerade veröffentlicht hat.

Ich weiss nicht, warum sich die russischen Streitkräfte zu Beginn des Konflikts von Norden her den Aussenbezirken Kiews näherten und sich dann zurückzogen, aber es gibt keinen Hinweis darauf, dass sie die Hauptstadt einnehmen wollten. Es gab zwar Gefechte, aber sie wurden sicher nicht «geschlagen». Das ist blanker Unsinn.

Ich erwarte eine gründliche Untersuchung – die jedoch unwahrscheinlich ist – der Greuelthaten, die mit Sicherheit stattgefunden haben, ohne dass es bisher einen schlüssigen Beleg dafür gibt, wer die Schuldigen sind.

Avril Haines, die Direktorin des nationalen Nachrichtendienstes, bemerkte kürzlich, dass Russland nach wie vor das Ziel verfolgt, den grössten Teil der Ukraine einzunehmen.⁷ In einer Rede Ende Juni in Aschabat, der Hauptstadt Turkmenistans, wirkte Putin auffallend entspannt und versicherte: «Alles läuft nach Plan. Es hat sich nichts geändert.» Das Ziel sei nach wie vor, «den Donbass zu befreien, diese Menschen zu schützen und Bedingungen zu schaffen, die die Sicherheit Russlands selbst garantieren. Das ist alles.»⁸

Wenn man diese beiden Aussagen nebeneinanderstellt, gibt es weitaus mehr Beweise für Putin als für Haines.

Am Ende steht die Niederlage

Ob absichtlich oder nicht – und ich habe oft den Eindruck, dass die «Times» die Tragweite ihrer Veröffentlichungen nicht begreift –, die Zeitung veröffentlichte am Sonntag einen Artikel mit der Überschrift «Die Ukraine und der Wettstreit des globalen Durchhaltevermögens»⁹. Der Ausgang dieses Konflikts hänge

nun davon ab, «ob die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ihr militärisches, politisches und finanzielles Engagement aufrechterhalten können, um Russland zu stoppen».

Kann es sein, dass sie unten in der Eighth Avenue nicht merken, dass sie die Ukraine gerade als einen «hoffnungslosen Fall» bezeichnet haben? Wissen sie, dass sie gerade verkündet haben, dass der imaginäre Krieg, den sie in den letzten vier Monaten geführt haben, in einer Niederlage endet, weil es in der Ukraine niemanden gibt, der ihn gewinnen kann?

Quelle: <https://consortiumnews.com/2022/07/13/patrick-lawrence-the-imaginary-war/> vom 13.7.2022 (Übersetzung Zeit-Fragen)

* Marvel Comics (eigentlich Marvel Entertainment, LLC) ist ein US-amerikanischer Comicverlag mit Sitz in New York. Er zählt neben DC Comics zu den weltweit grössten Verlagen dieses Genres.

¹ Drei solche Muster finden Sie hier: <https://www.cnn.com/2022/04/22/europe/ukraine-sexual-violence-allegations-russia-cmd-intl/index.html>; <https://www.cnn.com/2022/04/27/europe/ukraine-kherson-russia-rape-intl/index.html>; <https://www.cnn.com/2022/05/09/europe/ukraine-russian-soldiers-brovary-rape-victims/index.html>

² <https://www.newsweek.com/lyudmila-denisova-ukraine-commissioner-human-rights-removed-russian-sexual-assault-claims-1711680>

³ <https://www.bbc.com/news/61790625>

⁴ <https://www.nytimes.com/live/2022/06/18/world/ukraine-russia-news-deaths>

⁵ <https://turcopolier.com/unable-to-even-fix-its-own-tanks-russias-humiliation-is-now-complete/#comment-207445>

⁶ <https://consortiumnews.com/2022/04/05/patrick-lawrence-the-us-bubble-of-pretend/>

⁷ <https://www.bbc.com/news/world-europe-61990495>

⁸ <https://www.rt.com/russia/558109-putin-ukraine-nato-goals/>

⁹ <https://www.nytimes.com/2022/07/09/us/politics/ukraine-strategy-biden.html>

Zum 1. August

Sorge tragen zur Schweiz Souveränität und Neutralität zurückholen!

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

«Wir leben in unsicheren Zeiten. Die letzten Jahre haben gezeigt: Auch die Demokratie ist nicht selbstverständlich, selbst dort nicht, wo sie schon eine Weile besteht. Sie ist darauf angewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger die freie Meinungsbildung achten und schützen, dass sie einfache Parolen hinterfragen und überprüfbare Fakten ernst nehmen. [...] Gefährlich wird es dann, wenn nur noch wahr sein darf, was alle hören wollen. Die Demokratie stützt ab auf eine Reihe wichtiger Voraussetzungen. Es genügt, dass ein einziges wesentliches Element ins Rutschen gerät, um das ganze Gebäude ins Wanken zu bringen.» (Walter Thurnherr, Schweizer Bundeskanzler)¹

Bundeskanzler Thurnherr² spricht hier grundlegende Elemente des direktdemokratischen Rechtsstaates an, die wir – gerade in Zeiten schwerer Krisen – im Auge behalten sollten, wenn wir das Schweizer Staatsmodell nicht der allmählichen Auflösung im EU-Nato-Kuchen preisgeben wollen.

Ein kurzer Überblick über die letzten 30 Jahre EU-Politik der Schweiz und die überragende Bedeutung der direkten Demokratie im ganzen kann vielleicht mutlosere Geister wieder aufrichten. Was die Neutralität anbelangt, ist unseren Politikern und Medien dringend zu empfehlen, etwas mehr auf die Bevölkerung zu hören, statt ihr die Köpfe zu verwirren. Eine Nachbefragung der ETH Zürich vom Juni 2022 hat ergeben, dass die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer auch in widrigen Zeiten beim Neutralitätsprinzip bleibt – allerdings mit einzelnen rätselhaften Widersprüchen, die nur als Folge der wahrheitswidrigen Propaganda zu verstehen sind.



Das Bündner Dorf Juf (Gemeinde Avers) liegt auf 2126 m ü. M. und gilt als die höchstgelegene ganzjährig bewohnte Siedlung der Schweiz und eine der höchstgelegenen Europas. (Bild Wikipedia)

Demokratie ist auf Achtung und Schutz der freien Meinungsbildung angewiesen

Diesen wichtigen Hinweis des Schweizer Bundeskanzlers dürfen wir nie ausser acht lassen, auch nicht in struben Zeiten. Die aktuellen Versuche mancher Schweizer Politiker und Medien in Richtung stärkere Einbindung in die Nato und die EU haben wie alle politischen Abläufe eine Vorgeschichte und werden immer dann ins Spiel gebracht, wenn die geopolitische Lage scheinbar «günstig» ist für derlei Ansinnen. Gerade dann ist es von grosser Wichtigkeit für uns Bürger, dass wir auch Meinungen ausserhalb des ewig glei-

chen Mainstreams zu lesen und zu hören bekommen und dass eine freie Diskussion mit unseren Mitbürgern und mit den Politikern möglich bleibt. Bundeskanzler Thurnherr hat sein Geleitwort zur Broschüre *Der Bund kurz erklärt 2022* vermutlich ein paar Monate vor dem 24. Februar verfasst, aber seine Aussage «Gefährlich wird es dann, wenn nur noch wahr sein darf, was alle hören wollen» ist ein hoch aktuelles Mahnmal.

Was die Beziehung der Schweiz zur EU betrifft, ist heute auffallend oft von europäischer «Solidarität» die Rede. «Europa» müsse angesichts der Ukraine-Krise «näher zusam-

menrücken», da dürfe die Schweiz nicht «abseitsstehen». Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Ohne die direktdemokratischen Rechte des Schweizer Stimmvolks wären wir schon seit 30 Jahren Mitglied der EU. Wir Schweizer dürften ruhig etwas mehr Mut zum eigenen Weg aufbringen, als dies unsere Bundesräte zurzeit tun. Jeden Wisch aus der Brüsseler Zentrale (beziehungsweise von noch weiter westlich) innert 24 Stunden in einen bundesrätlichen Erlass kopieren und gehorsam umsetzen? Ohne das Fundament unseres Staatsverständnisses zu beachten? Ohne sich an die zwingenden rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Grundlagen unserer Verfassung zu halten? Wo sind wir denn da?

Auf dem Schweizer Weg inmitten Europas bleiben

Der Schweizer Weg, als souveränes Land inmitten des zentralistischen EU-Konstrukts zu bestehen und sich mit Brüssel und den einzelnen europäischen Ländern zu verständigen, ist eine hohe Kunst. Aber er ist möglich. Mit dem Freihandelsabkommen von 1972 zwischen den EFTA-Mitgliedsstaaten und der EWG hatte die Schweiz für den wirtschaftlichen Austausch einen demokratietauglichen Weg gefunden. Nichtsdestoweniger formierten sich zu Beginn der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts die Schweizer EU-Beitrittsbefürworter in Politik, Medien und Bundesverwaltung im Gleichschritt mit Brüssel. Der Bundesrat deponierte 1991 in einem Überraschungs-Coup sein EU-Beitrittsgesuch in Brüssel und wollte die Schweiz als ersten Schritt zügig in den EWR eingliedern. Dank der direkten Demokratie misslang dies: Das

Fortsetzung auf Seite 4

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

von Nationalrat Franz Grüter, Präsident der Aussenpolitischen Kommission



Franz Grüter (Bild zvz)

Am 1. August feiern wir den Geburtstag der Schweiz. Vor über 730 Jahren begann ein einzigartiges Erfolgsprojekt mitten in Europa. Heute dürfen wir sagen: In keinem anderen Land verfügen die Bürgerinnen und Bürger über so viel Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Wohlstand wie in der Schweiz.

Den Grundstein legte der *Bundesbrief* von 1291. Im Hinblick auf die «Arglist der Zeit» schworen die Talschaften Uri, Schwyz und Unterwalden, einander Beistand zu leisten. Damals kam die Bedrohung von aussen, durch fremde Steuervögte und fremde Richter.

Heute lauert die Arglist der Zeit im Inneren: Viele wissen nicht mehr, dass unser Wohlstand und unsere Freiheit alles andere als selbstverständlich sind. Um so mehr sollten wir uns am 1. August auf dieses Schutzbündnis und die Grundlagen der Schweiz besinnen.

Für eine starke Armee

Der Staat macht heute alles Mögliche und Unmögliche. Im Parlament könnte man manchmal meinen, es gebe nichts Wichtiges zu tun als die Einrichtung von genderneutralen Toiletten.

Dabei hat die Mehrheit im Parlament das Fundament der inneren und äusseren Sicherheit über Jahre verlottern lassen: die Armee. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Ohne Freiheit gibt es keine Selbstbestimmung. Das führt uns der Ukraine-Krieg dramatisch vor Augen.

Im Juli bereisten meine Frau und ich im Wohnmobil Skandinavien. Besonders beeindruckt waren wir von Finnland: Wie ernst dieses kleine Land mit 5,5 Millionen Einwohnern den Schutz seiner Bevölkerung nimmt. Im Kriegsfall können die Finnen bis

zu 520 000 Mann in kurzer Zeit unter Waffen stellen, um die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen.

Mein Fazit: Wir müssen konsequent am Erfolgsmodell der Schweiz festhalten. Das bedeutet, neutral zu bleiben und unser Land und unsere Bevölkerung eigenständig schützen zu können. Beides ist leider in hohem Mass gefährdet.

Ich habe im Militär einen wichtigen Führungsgrundsatz kennengelernt: Man sollte in Krisen nie überstürzt Entscheide fällen, die eine Langzeitwirkung nach sich ziehen. Solche Entscheide erweisen sich nachträglich meist als falsch. Das war leider auch mit der Preisgabe der Neutralität der Fall. Unter dem Druck des Auslandes hat der Bundesrat Entscheide gefällt, die gegen die Interessen unseres Landes verstossen.

Für eine glaubwürdige Neutralität

Auch das lehrt uns die Geschichte der Schweiz: Wir müssen unbedingt zur bewaffneten Neutralität zurückkehren. Das heisst: Unsere jahrzehntelang verunglimpft und kaputtgesparte Armee muss wieder verteidigungsfähig gemacht werden, damit sie Land und Leute schützen kann. Nur so können wir auch in Zukunft sicher und frei sein, «wie die Väter waren». Die Botschaft des Bundesbriefes von 1291 gilt für die Schweiz noch heute.

Dass es der Schweiz so gut geht und dass sie unter anderem zwei Weltkriege unbeschadet überstanden hat, verdanken wir zu guten Teilen unserer immerwährenden bewaffneten Neutralität. Doch auch dieser Pfeiler unseres Staates und des Erfolgsmodells Schweiz wackelt. Nicht nur die Linken, sondern auch viele bürgerliche Politiker wollen die Neutralität plötzlich über Bord werfen. Die Präsidenten der Mitte und der FDP wollen sogar Waffen und Munition an die Ukraine liefern – an einen kriegführenden Staat!

Die Schweiz hat auch im Uno-Sicherheitsrat, in dem die Grossmächte über Krieg und Frieden entscheiden, nichts verloren. Diesen rasanten Ausverkauf der Neutralität müssen wir stoppen. Die Schweiz verspielt sonst

jede Glaubwürdigkeit als neutrale Vermittlerin und kann ihre *Guten Dienste* nicht mehr einsetzen. Damit leistete sie in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Welt. Oder anders gesagt: Wenn jedes Land die Neutralität der Schweiz leben würde, gäbe es keinen Krieg auf der Welt.

Für eine sichere Energieversorgung

Bei der Energieversorgung herrscht Alarmstufe Dunkelrot: Bereits ab diesem Winter könnte eine Strommangellage eintreten. Die Unternehmen sind informiert worden, dass ihnen der Strom einfach abgestellt werden könnte. Wir werden in unseren Wohnungen sitzen und frieren. Die Wirtschaft wird stillstehen. Unsere vernetzte digitale Welt wird kollabieren, wenn wir zu wenig Strom haben.

Ein solches Szenario wäre vor kurzem noch undenkbar gewesen. Jetzt droht es Wirklichkeit zu werden. Die entsprechenden Warnungen der SVP wurden vom Bundesrat und den anderen Parteien in den Wind geschlagen. Wir warnten 2017 mit einem «Kalt-Duschen»-Plakat vor zu wenig Strom und explodierenden Energiepreisen. Man hat uns damals ausgelacht – jetzt lacht niemand mehr.

Die selbstverschuldete Krise ist ein Staatsversagen erster Güte: Ein wohlhabender Industriestaat wie die Schweiz ist nicht fähig, genug Energie für die Bevölkerung und die Wirtschaft sicherzustellen? Das klingt wie ein schlechter Witz.

Schuld daran ist die Luftschloss-Politik von Mitte-links. Die Energiestrategie 2050 ist krachend gescheitert. Technologieverbote – Kernenergie, Verbot von Verbrennungsmotoren – sind schädlich und hemmen Fortschritt und Entwicklung. Wind- und Solarkraft können die fehlenden Kapazitäten nicht ersetzen. Schon gar nicht im Winter, wenn wir besonders viel Energie brauchen. Nur gerade 5 Prozent unseres Stroms stammen von Wind und Sonne – trotzdem wollen SP, Grüne und Mitte die Kernkraftwerke abstellen, die verlässlich einen Drittel des Schweizer Stroms liefern.

Eine sichere Energieversorgung hat höchste Priorität. Der Bundesrat muss alles unternehmen, um die drohenden Blackouts abzuwenden. Die Bevölkerung und die Unternehmen sind auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Es muss Schluss sein mit den selbstmörderischen Experimenten der links-grünen und weichbürgerlichen Politik! Darum fordert die SVP die Einsetzung eines «Stromgenerals», der sämtliche Varianten für eine sichere Energieversorgung ausarbeitet.

Unser Erfolgsmodell ist in Gefahr

In die falsche Richtung rennt der Bundesrat auch in der Landwirtschaftspolitik. Statt die produzierende Landwirtschaft zu stärken und in der aktuellen weltweiten Krisenlage den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen, hat er gerade entschieden, dass 3,5 Prozent der Ackerfläche «ökologisiert» werden sollten. Das sind 10 000 Hektaren weniger Getreide. Damit könnten wir Brot für eine Million Menschen in der Schweiz produzieren!

Wir müssen auch in der Landwirtschaftspolitik das Steuer herumreissen. Die Produktion einheimischer Nahrungsmittel muss gesteigert und die Abhängigkeit von Importen aus dem Ausland muss verringert werden.

Das Erfolgsmodell Schweiz ist in Gefahr! Unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit, unsere innere und äussere Sicherheit, unsere Neutralität, unsere Energie- und Lebensmittelversorgung, unser Wohlstand, unser freies Unternehmertum, unsere Vorsorge – all dies ist akut gefährdet. Wir müssen dringend Gegensteuer geben.

Was unsere Vorfahren über Generationen aufgebaut haben, ist blitzschnell wieder zerstört. Die Zeit der ideologischen Wohlstands-Experimente ist vorbei. Realismus und Vernunft sind gefragt. Damit auch unsere Kindeskindern eine sichere Zukunft in Freiheit haben, braucht die Schweiz eine Erneuerung des Schutzbündnisses. Stehen wir gemeinsam ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.

«Sorge tragen zur Schweiz»

Fortsetzung von Seite 3

Schweizervolk sagte am 6. Dezember 1992 nein zum EWR. Damit war auch der EU-Beitritt faktisch vom Tisch. Seit damals sind die EU-Turbos jedoch nicht von ihrem Ziel abgerückt – dürfen sie ja. Aber diejenigen Bürger, die eine demokratische und möglichst souveräne Schweiz behalten wollen, haben oft keinen leichten Stand, was den Schutz der freien Meinungsbildung angeht. Besonders bedenklich ist, dass die «einfachen Parolen», die zu hinterfragen uns der Schweizer Bundeskanzler mit Recht rät, häufig aus der Bundesverwaltung stammen oder von dort mindestens tatkräftig und mit Einsatz von Steuergeldern unterstützt werden. So zum Beispiel die Behauptung, dass die Schweizer Wirtschaft als Folge eines Nein zum EWR einbrechen würde. Wie jedermann weiss, traf sie nicht zu.

«Überprüfbare Fakten ernstnehmen»

Wenn man die Geschichte der Schweizer Beziehungen zur Europäischen Union verstehen will, tut man gut daran, auch diesen Hinweis Walter Thurnherrs einzubeziehen. Die nächsten Schritte von Bundesrat und Parlament nach dem EWR-Nein des Souveräns waren die bilateralen Abkommen I und II der 2000er Jahre. Dazu nur eine kurze Bemerkung: Das Referendum gegen die Bilateralen I wurde vor allem wegen den zu befürchtenden Auswirkungen des Personenfreizügigkeits- und des Landverkehrsabkommens ergriffen, die für die EU und ihre Mitgliedsstaaten von grossem Interesse sind, aber die Aufnahmefähigkeit unseres kleinen Landes an ihre Limits bringen sowie den Alpenschutzartikel in der Bundesverfassung faktisch ausser Kraft gesetzt haben. Von den EU-Turbos (inklusive Bundesverwaltung) wurde das Referendum mit faktenwidrigen Behauptungen und krass verhasstlichen Zahlen gebodigt. Zum Beispiel: Annahme einer durchschnittlichen Nettozuwanderung von 8000 pro Jahr – tatsächliche Zuwanderung bis zum Zehnfachen; Zusicherung von maximal 650000 jährlichen Lastwagenfahrten über die Alpen – Überschreitung einer Million schon in den ersten Jahren.

Gedeihliches Zusammenwirken von Staaten und Staatenbünden ist nur von gleich zu gleich möglich

Wie auch immer, die Bilateralen I und II wurden vom Schweizervolk in Referendumsabstimmungen oder stillschweigend akzeptiert, wir haben uns damit arrangiert und sind bereit, sie weiter anzuwenden und im beidseitigen Interesse nötigenfalls zu aktualisieren. Dazu ist ein bürokratisches Ungetüm wie das «institutionelle Rahmenabkommen» völlig unnötig, denn wir Schweizer sind bekanntlich flexibel, wenn uns eine Sache einleuchtet. Deshalb sind wir auch gerne bereit, sinnvolle Projekte in EU-Staaten, zum Beispiel im Bereich Berufsbildung, finanziell zu unterstützen. Aber wir sind allergisch gegen jeden Zwangsmechanismus und gegen jede Aufoktroierung fremden Rechts und dessen Auslegung durch ausländische Gerichte. All dies widerspricht dem Schweizer Staatsverständnis, wonach wir Bürgerinnen und Bürger es gewohnt sind, das Heft selbst in der Hand zu behalten.

Ist das so schwer zu verstehen? Dass die EU-Kommissare es nicht verstehen können, beweist gerade, dass die beiden Systeme nicht kompatibel sind. Und das «Argument» einiger Schweizer Politiker und Medien, die Schweiz müsse sich der EU unterordnen, weil letztere grösser sei, löst den Reflex aus, diesen Mitbürgern einen Nachhilfekurs in Staatskunde zu empfehlen. Dem Schweizer Verständnis von Demokratie und Föderalismus entspricht es zum Beispiel, dass die Kantone mit wenigen Zehntausend Einwohnern (wie Uri oder Glarus) in vielerlei Hinsicht dasselbe Gewicht haben wie die Millionenkantone Zürich und Bern (Ständemehr, Ständerat). In anderen Ländern rund um den Globus finden wir ähnliche Beispiele. Es ist nicht einzusehen, warum die in Washington erfundene «Rule of Law» oder das zentralistische EU-Regelwerk für Völker gelten sollen, die ein anderes Rechts- und Kulturverständnis haben.

Neutralität gehört zur DNA der Schweizer

Die Neutralität der Schweiz wurde nicht vom Wiener Kongress von 1814/15 erfunden,

sondern sie gehört sozusagen zur DNA der Schweizer. Neutrale Schiedsrichter wurden bereits gemäss den ältesten Bundesbriefen eingesetzt, und ohne vermittelnde Persönlichkeiten hätte die Eidgenossenschaft vermutlich ihre zahlreichen inneren Kämpfe sowie 300 Jahre Glaubensspaltung kaum überlebt. Gegen aussen setzte das Defensivonale von Wil von 1647 nach dem Dreissigjährigen Krieg ein Zeichen: «Kein Durchmarsch fremder Truppen» war ein zentraler Aspekt.

Das Neutralitätsprinzip ist in der Schweizer Bevölkerung tief verankert. Am 16. März 1986 stimmten über 75 Prozent der Stimmentenden und sämtliche Stände (Kantone) gegen den Beitritt der Schweiz zur Uno. Nicht weil die Schweizer ihren humanitären, wirtschaftlichen und kulturellen Beitrag zur Weltgemeinschaft nicht leisten wollten: Die Schweiz arbeitete in allen Unterorganisationen der Uno tatkräftig mit und bezahlte ein Vielfaches mehr, als der Mitgliederbeitrag betragen hätte, auch stellte sie den Uno-Organisationen mit dem internationalen Genf ausgedehnte Infrastruktur zur Verfügung. Aber die Verpflichtung der Uno-Mitgliedsstaaten zur Ergreifung von Sanktionen auf Beschluss des Uno-Sicherheitsrates oder sogar zu militärischen Einsätzen ist mit der Schweizer Neutralität nicht vereinbar – damals jedenfalls war dies den Stimmberechtigten klar.

Rütteln an der immerwährenden bewaffneten Neutralität

«Es genügt, dass ein einziges wesentliches Element ins Rutschen gerät, um das ganze Gebäude ins Wanken zu bringen.» So warnt Bundeskanzler Thurnherr. Dies gilt ganz besonders für das Neutralitätsprinzip: Es wird seit den 1990er Jahren von innen und aussen ins Rutschen gebracht. Wir Schweizer tun gut daran, wachsam zu sein, damit unser fahrlässig ins Wanken gebrachtes Gebäude wieder auf festen Boden zu stehen kommt.

1994 wurden die Mitgliedsstaaten der KSZE (später OSZE), darunter auch die Schweiz, vom Nordatlantikrat, das heisst den Staats- und Regierungschefs der Nato-Mitgliedsstaaten, zur Teilnahme an der *Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace)* eingeladen. Zweck der PfP: «Die operativ unter der Autorität des Nordatlantikers stehende *Partnerschaft für den Frieden* wird neue Sicherheitsbeziehungen zwischen der Nordatlantischen Allianz und ihren Partnern für den Frieden knüpfen. [...] Die Partnerschaft wird die politische und militärische Zusammenarbeit in ganz Europa erweitern und intensivieren [...]», und so weiter.³ Angesprochen waren übrigens vor allem die «demokratischen Staaten im Osten von uns» (!) – bereits 1994!

Die Schweiz und andere neutrale Staaten in Westeuropa konnten im gleichen Aufwasch mit eingebunden werden. Am 30. Oktober 1996 erklärte «die Schweiz» im «Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1996/97», sie habe die Einladung der Nato «zur Kenntnis genommen und sich entschieden, an der *Partnerschaft für den Frieden* teilzunehmen».⁴

Das Brisante daran: Der «Entscheid der Schweiz» war in einem blossen «Präsentationsdokument» in einem Bulletin der ETH abgedruckt, aus dem nicht einmal ersichtlich ist, wer den Entscheid im Namen der Schweiz getroffen hat. Dieser schwerwiegende Schritt weg von der Neutralität wurde wissentlich und willentlich hinter dem Rücken des Volkes getan. In der direkten Demokratie Schweiz werden Entscheide von solcher Tragweite üblicherweise vom Souverän getroffen. Die Schreibende, eine weiss Gott aktive und interessierte Schweizer Stimmbürgerin, erfuhr erst einige Jahre später, beim Unterschriftensammeln für das Referendum gegen Schweizer Militäreinsätze zur «Friedensförderung» im Ausland, dass die Schweiz durch ihre Beteiligung an der PfP bereits weitgehend mit der Nato verhandelt war.

Die Auslandseinsätze der Schweizer Armee waren eine konkrete Folge der Beteiligung an der PfP und widersprechen selbstredend dem Neutralitätsprinzip. Deshalb war die entsprechende Änderung des Militärgesetzes heftig umstritten, wurde aber schliesslich vom Schweizervolk in der Volksabstimmung vom 10. Juni 2001 angenommen. Um das Volk zu beschwichtigen, hatte das Parlament in die Vorlage geschrieben: «Die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedensszwörung ist ausgeschlossen.» (Art. 66a Abs.2; Hervorhebung mw) Allerdings stellte sich später heraus, dass die Abgrenzung zwischen «friedensfördernden» und «friedensszwörenden» Aktionen in Krisengebieten auch für Militärfachleute im dunkeln lag ...

Am 3. März 2002 stimmten die Schweizer schliesslich mit lediglich 54,6 Prozent Ja-Stimmen und 12 gegen 11 Kantonen für den Uno-Beitritt, und nächstes Jahr wird die Schweiz einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat einnehmen. Der damalige EDA-Chef *Joseph Deiss* hatte vor der Abstimmung erklärt, ein Sicherheitsratssitz sei mit der Neutralität vereinbar, was eine starke Minderheit der Stimmbürger offenbar nicht überzeugte.

Schweizer Stimmbevölkerung bleibt standhaft bei der Neutralität

Im Juni hat die ETH eine Nachbefragung zur Studie «Sicherheit 2022» durchgeführt, weil man nach der Befragung im Januar «mögliche Effekte des Krieges in der Ukraine im aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild der Schweizer Stimmbevölkerung» feststellen wollte.⁵

Erfreulicherweise blieb die grosse Mehrheit der Befragten klar bei der Neutralität – die faktische Abkehr des Bundesrates von der Neutralitätspolitik und die monatelange Desinformationskampagne von Behörden und Medien zeigten erstaunlich wenig Wirkung. Die rekordhohe Zustimmung von 97% (!) zur Aussage «Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten» vom Januar wurde im Juni tatsächlich nicht erreicht, aber die erreichten 89% (S. 30) sind ebenfalls ein sehr hoher Wert. Es ist reine Stimmungsmache, wenn der Bundesrat – und mit ihm sämtliche Mainstream-Medien – kommentieren,

der Krieg führe «zu einer kritischeren Sicht auf die Schweizer Neutralität».⁶ Absolut faktenwidrig ist die bundesrätliche Behauptung: «Gleichzeitig werden sicherheitspolitische Kooperationen mit der Nato oder der EU beliebter.» Tatsächlich gibt es bei der seit Jahrzehnten sackschwachen Zustimmung zu einem Nato-Beitritt keinen signifikanten Unterschied (Januar 26%, Juni 27%). Dass gut die Hälfte der Befragten findet, die Schweiz sollte sich «der Nato annähern» (S. 24), ist angesichts der sehr offenen Formulierung wenig aussagekräftig.

Beim Thema «Sanktionen gegen Russland» zeigt sich die Verwirrung der Köpfe durch die Desinformation hingegen überdeutlich: Über 70% finden, die Sanktionen seien mit der Neutralität vereinbar! Und lediglich 36% sind der Meinung, dass die Schweiz infolge ihrer Sanktionen gegen Russland ihre *Guten Dienste* nicht mehr anbieten kann. (S. 39) Dieses Ergebnis entspricht zwar den gebetsmühlenartigen Wiederholungen des Bundesrates, aber gewiss nicht der Wahrheit.

Dass sich viele Schweizer an die angebliche Vereinbarkeit der verfassungs- und völkerrechtswidrigen Russland-Sanktionen mit der Neutralität klammern, hat seinen Grund (was die Irreführung durch den Bundesrat noch empörender macht): Absolute Favoriten der befragten Schweizer Stimmberechtigten sind nach wie vor die *Guten Dienste* und die Vermittlung in Konflikten: 91% Zustimmung (im Januar 95%) zu «Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international *Gute Dienste* leisten» (S. 32) und sogar ein Anstieg von 75 auf 78% zu «Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln» (S. 20).

Es wird Zeit, dass wir Bürger in aller Lautstärke dagegen protestieren, dass unsere Regierung die Neutralität aushöhlt und damit die Glaubwürdigkeit der Schweiz verspielt! Jedenfalls besteht in der direkten Demokratie Schweiz noch Hoffnung. •

¹ Einleitung zu *Der Bund kurz erklärt 2022* (Auszug). Herausgegeben von der Schweizerischen Bundeskanzlei

² Der Schweizer Bundeskanzler ist der Stabschef des Bundesrates mit beratender Stimme und Antragsrecht; er wird oft als «achter Bundesrat» bezeichnet.

³ «Partnerschaft für den Frieden. Treffen des Nordatlantikers auf Ebene der Staats- und Regierungschefs im Nato-Hauptquartier in Brüssel» vom 10/11.1.1994. Einladung

⁴ <https://www.pfp.admin.ch/de/dokumentation-grundlagendokumente-.html>

⁵ Tresch, Tibor Szvircevs; De Rosa, Stefano; Ferst, Thomas; Rohr, Patric; Robert, Jacques. «Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022» auf Grund des Krieges in der Ukraine.» Militärademie (MILAK) an der ETH Zürich. *Bericht* vom 14. Juli 2022

⁶ «Nachbefragung «Sicherheit 2022»: Kritischerer Betrachtung der Neutralität, grösserer Pessimismus und stärkere Befürwortung der Armee infolge des Krieges in der Ukraine.» *Medienmitteilung des Bundesrates* vom 14.7.2022

LESER  BRIEF

Welche Zukunft für die Schweiz?

Wir verurteilen jegliche kriegerische Handlung zur Konfliktlösung, vom Osten wie vom Westen! «Mitmachen beim europäischen Selbstmord oder neutral bleiben?» Mit dieser Frage warnte der deutschsprachige Sender *Russia Today* (RT) die Schweiz vor der Weitergabe von Schweizer Munition für deutsche Panzer an die Ukraine. Damit würde der Bundesrat nicht über einen Rüstungsexport, sondern über die Zukunft der Schweiz entscheiden. Wenn man bedenkt, dass das Onlineportal RT in den EU-Ländern gesperrt ist, doch in der Schweiz abrufbar, fragt man sich, welches Bild EU-Bürger von der Wirtschaftsmacht Russland haben, von welcher nicht nur die Gasversorgung Europas abhängt, sondern auch diejenige von Getreide. Wir sollten als neutrales Land mit direkter Demokratie unsere Verantwortung zur Friedensvermittlung unbedingt wahrnehmen! *Russia Today* schränkt ein, dass die Neutralität der Schweiz nie vollkommen war – dennoch sei die Neutralität im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg «immer als Brücke in ein «Da-

nach» nützlich gewesen». Entspricht diese Aussage nicht einer Aufforderung auf Mithilfe der Schweiz bei der Konfliktlösung zwischen der Ukraine und Russland? Nato-Chef *Stoltenberg* sagte zum Ukraine-Krieg: Frieden sei möglich, die Frage sei nur, wieviel Territorium und Unabhängigkeit die Ukraine bereit sei, dafür abzutreten. Da wir als neutrales Land nicht verpflichtet sind, EU-Wirtschaftssanktionen mitzutragen, sollten wir unsere Handelsbeziehungen mit Russland zugunsten unserer Landesversorgung wieder aufnehmen. Wir wissen, dass unsere Landesversorgung mit Technologie, Wärmeenergie und Lebensmittelindustrie grossenteils von russischem Erdgas und Weizen abhängig ist. So stellt sich für uns Bürgerinnen und Bürger die Frage, wie wir unsere Parlamentarier und Wirtschaftsführer in der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen und Friedensaktivitäten mit Russland unterstützen könnten!

Matthias Elmiger u. Gertrud Pfändler,
Ebnat-Kappel

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft *Zeit-Fragen*. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle *Zeit-Fragen, Bazenheid*.

Zur Position der Schweiz in Europa

Findet die Schweiz ihren Weg?

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

Grossbritannien ist vor kurzem aus der EU ausgetreten und hat mit Brüssel einen umfangreichen Freihandels- und Kooperationsvertrag abgeschlossen. Die Schweiz ihrerseits hat die langwierigen Verhandlungen zu einem Rahmenvertrag mit der EU abgebrochen. Er enthielt die Übernahme von EU-Recht, die Unterstellung unter deren Gerichtsbarkeit und anderes mehr, was in einer Volksabstimmung sicher abgelehnt würde. Seither stellt sich die Frage «Wie weiter?» Dazu kann ein Blick in die gemeinsame Geschichte mit Grossbritannien eine Antwort geben. Aktuell ist wie damals die latente Einmischung der USA in Angelegenheiten der Europäer. – In der Datenbank der Diplomatischen Dokumente der Schweiz ([dodis](https://dodis.ch)) sind die Ereignisse bis in die neuere Zeit gut dokumentiert.¹

Mitte der fünfziger Jahre stand das Projekt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Diskussion. Jean Monnet – stark verhandelt mit den USA – war einer der Hauptinitianten. Die Leitidee war, die europäischen Länder zu einer «immer engeren Union» zusammenzuschliessen – das heisst mit einem politischen Überbau, den wir heute in der EU verwirklicht sehen. Jean Monnet sprach häufig von den künftigen «Vereinigten Staaten von Europa». Gleichzeitig war aber auch ein anderes Projekt im Gespräch. Die Europäer könnten sich als souveräne Staaten zusammenschliessen und in einer Freihandelszone zusammenarbeiten.

Widerstand der USA gegen den freiheitlichen Weg

Der freiheitliche Weg fand Freunde in vielen Ländern – nicht aber bei der US-Regierung. Schweizer Minister *Albert Weisnauer* (Staatssekretär des Bundesrates) berichtete von Gesprächen in der OEEC, der *Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit* (die im Zusammenhang mit dem *Marshallplan* gegründet wurde). In diesem Gremium hatten die USA ihr Veto gegen eine Freihandelszone eingelegt (dodis.ch/15113).

Situation der Schweiz – Gründung der EFTA

Dem Bundesrat war klar, dass die Schweiz in einer EWG nicht werde mitmachen können, die eine «immer engere Union» mit einem entsprechenden politischen Überbau anstrebt. *Hans Schaffner*, Delegierter für Handelsverträge, wurde im Auftrag des Bundesrates aktiv. Er lud 1957 Interessierte aus verschiedenen Ländern nach Genf ein, die dem Konzept der EWG skeptisch gegenüber standen. Sie kamen aus Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden, Österreich und aus Grossbritannien. In Genf wurde hier das Konzept der EFTA entworfen, der *European Free Trade Association*, die 1960 gegründet wurde. Die EFTA plante, die freiheitliche Zusammenarbeit auch mit den Ländern der EWG weiter auszubauen (dodis.ch/3017).

Massive Einmischung der US-Regierung

Am 14. Juli 1961 besuchte ein US-Staatssekretär den inzwischen zum Bundesrat gewählten *Hans Schaffner* und Bundesrat *Friedrich Traugott Wahlen* und teilte ihnen Folgendes mit: Die Präsidenten der USA und Grossbritanniens hätten sich getroffen. Die USA würden einen Wirtschaftsvertrag zwischen der EWG und der EFTA niemals tolerieren, sondern sie erwarteten, dass die Nato-Länder innerhalb der EFTA so schnell wie möglich der EWG beitreten – allen voran Grossbritannien, danach auch Dänemark, Norwegen und Portugal. Dann sollten die drei neutralen Länder Schweiz, Österreich und Schweden mit Brüssel Verhandlungen aufnehmen und einzeln einen Assoziationsvertrag mit der EWG abschliessen, der die politischen Ziele der EWG unterstützt. – Es war eine Ungeheuerlichkeit, wie es mancher im Bundeshaus zum Ausdruck brachte (dodis.ch/30116).

Wahlen erklärt das Schweizer Modell

Im Herbst 1962 lud der Ministerrat in Brüssel den Bundesrat zu einer Anhörung ein. Bundespräsident *Wahlen* erhielt Gelegenheit, die Grundsätze der Schweiz zu erklären und über

die Vorarbeiten zu berichten. Der Bundesrat hatte mehrere Arbeitsgruppen einberufen, die sich den Standpunkt der Schweiz zu den verschiedenen Wirtschaftsfragen erarbeitet hatten. Zentral war der Vortrag von *Jean Rudolph von Salis*, der den Stellenwert und die Bedeutung der Neutralität, des Föderalismus und der direkten Demokratie im Gesamtzusammenhang erklärte (dodis.ch/34186, S. 36–50).

Der Text der von Wahlen vorbereiteten und vom Gesamtbundesrat genehmigten Rede liegt heute vor (dodis.ch/30371). Im ersten Teil informierte Wahlen ausführlich über die Schweiz, ihre Wirtschaft und ihren staatlichen Aufbau. Zu seinen Ausführungen gehörte die folgende, eindrucksvolle Passage:

«[...] In der mit der Gemeinschaft zu treffenden Vereinbarung muss jedoch die Schweiz ihre Neutralität, die der Schutz ihrer Unabhängigkeit ist, und ihre innerstaatliche Struktur des Föderalismus und der direkten Demokratie wahren. Direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität haben das politische Gesicht der Schweiz geprägt. Sie sind aus ihrer Vielgestaltigkeit herausgewachsen und haben ihr eine politische Stabilität ermöglicht, die sich, wie uns scheint, auf die Beziehung mit Drittländern günstig ausgewirkt hat.»

Einspruch von Präsident Charles de Gaulle

Es gab jedoch einen europäischen Staatschef, der die Aktivitäten der USA mit wachsendem Unmut beobachtete: Der französische Präsident *Charles de Gaulle* legte das Veto gegen den geplanten Beitritt von Grossbritannien in die EWG ein. Nach einem Beitritt Grossbritanniens zur EWG würden die USA das politische Geschehen in Europa noch stärker dominieren, als sie es ohnehin schon taten, wandte er richtig ein. Frankreich würde an Gewicht verlieren.

Das Veto de Gaulles brachte eine Atempause. Die Verhandlungen wurden auf Eis gelegt. Es beseitigte den Druck der USA auf die Schweiz, mit der EWG einen politischen Assoziationsvertrag abzuschliessen. Die EFTA erholte sich. Sie bestand nach wie vor aus denselben Gründungsmitgliedern mit Grossbritannien. Wie geplant vollzogen sie in den sechziger Jahren den Zollabbau im Gleichschritt mit der EWG – so dass 1971 der Schritt zu einem gemeinsamen Freihandelsabkommen nicht mehr gross war.

Freihandelsabkommen von 1972 – verbunden mit Europa

Am 22. Juli 1972 wurde das Freihandelsabkommen der EWG mit den EFTA-Ländern unterzeichnet. Bundespräsident *Brugger* (Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements) hielt anlässlich der Unterzeichnung im Palais d'Egmont in Brüssel eine Rede, in der er bereits im ersten Satz auf die Bedeutung der staatspolitischen Grundlagen für die Schweiz hinwies (dodis.ch/36209).

«Das Abkommen zwischen der Schweiz und den Europäischen Gemeinschaften, das im Namen des Bundesrates zu unterzeichnen ich heute die Ehre habe, stellt einen entscheidenden Schritt in unserem traditionellen Bemühen dar, an der Integration unseres Kontinents mitzuarbeiten, soweit wir hierzu unter Wahrung der direkten Demokratie, der parlamentarischen Befugnisse und der neutralen Aussenpolitik in der Lage sind.»

Am 4. Dezember 1972 kam es zur Volksabstimmung. 72 Prozent der Stimmenden und alle Kantone sagten deutlich ja zum Vertragswerk.

Grossbritannien und die Schweiz gehen getrennte Wege

Der Freihandelsvertrag der Schweiz von 1972 wurde weiterentwickelt, so dass über 100 Zusatzverträge ihn im Laufe der Jahre ergänzten. Er legte den Grundstein für einen langen und erfolgreichen bilateralen Weg. Heute passieren jeden Tag Waren im Wert von mehr als 1 Milliarde Franken die Grenze zwischen der Schweiz und der EU.

Gleichzeitig, am 1. Januar 1973, trat Grossbritannien der EWG bei – im Einklang mit den USA. – Nach vielfältiger Erfahrung

traten die Briten nach 47 Jahren am 31. Januar 2020 wieder aus – nach einer Volksabstimmung (2016) und nach einer heftigen politischen Auseinandersetzung. Fast alle Medien in Europa verbreiteten ein düsteres Bild über die Zukunft Grossbritanniens «ausserhalb Europas» und zeichneten seinen wirtschaftlichen Niedergang in schwarzen Farben. Es kam anders.

Freihandelsvertrag der EU mit Grossbritannien – von gleich zu gleich

Grossbritannien unterzeichnete am 30. Dezember 2020 ein Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU², das am 21. Mai 2021 endgültig in Kraft trat. Dazu gehört ein umfangreicher Freihandelsvertrag von über 2000 Seiten, der die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU detailliert regelt. Das Abkommen erstreckt sich nicht nur auf den Handel mit Waren und Dienstleistungen. Weitere Bereiche, die im Interesse beider liegen, gehören dazu. Ein Gemeinsamer Partnerschaftsrat sorgt dafür, dass das Abkommen ordnungsgemäss angewandt und ausgelegt wird. Das Schlichtungsverfahren ist klar geregelt. – Wer die düsteren Zukunftsprognosen vor dem Brexit noch im Kopf hat, staunt über dieses sorgfältige, massgeschneiderte Vertragswerk, das die freiheitliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Grossbritannien regelt. Alle Streitpunkte, die im Rahmenvertrag der EU mit der Schweiz den Abschluss verhinderten, wie die Rechtsübernahme, die Unterstellung unter den EU-Gerichtshof, die Personenfreizügigkeit mit der Unionsbürgerrechtlinie, sind in diesem Abkommen nicht enthalten. Es ist also möglich. Man bekommt den Eindruck, dass die Briten etwas erreicht haben, was sie bereits 1960 angestrebt hatten, als sie zusammen mit der Schweiz die EFTA gründeten.



ISBN 978-3-909234-24-0

Wir Schweizer können den Kopf so hoch halten wie die Briten

Beide Länder, die Schweiz und Grossbritannien, haben mit der EU ein detailliertes Freihandels- und Kooperationsabkommen abgeschlossen. Der Rahmenvertrag, der die Schweiz politisch stark an die EU gebunden hätte, hat sich von Anfang an als Sackgasse erwiesen. Die Weiterführung und Aktualisierung des Schweizer Freihandelsvertrages (und eventuell der Bilateralen) ist deshalb der logische Schritt.

Grossbritannien ebnet den Weg. Kommen die Schweizer Verhandlungsführer in Brüssel an einem Punkt nicht weiter, können sie den Vertrag der Briten zu Rate ziehen. Die EU kann eigentlich den Schweizern nicht etwas verweigern, was sie den Briten gewährt hat. Die Schweiz hat ohnehin eine gute Verhandlungsposition: Sie ist ein sehr guter Kunde der EU-Länder und stellt die wichtige Nord-Süd-Verbindung zu sehr günstigen Bedingungen zur Verfügung. Es kann nur ein Erfolg werden, falls Schweizer Unterhändler mit dieser Haltung antreten und wie frühere Verhandlungsführer die staatstragenden Grund-

sätze beherzigen. – Am 1. August erinnern wir uns daran.

Zwielichtige Rolle der USA

Fazit: Die dominierende Rolle der USA hat seit dem Zweiten Weltkrieg das europäische Geschehen wesentlich geprägt und gesteuert. In den fünfziger Jahren haben sie eine Freihandelszone innerhalb der OEEC verhindert, danach ziemlich dezidiert die Auflösung der EFTA verlangt und ihre Mitglieder gedrängt, der EWG beizutreten oder einen Assoziationsvertrag zu unterschreiben. Das war ziemlich «starker Tobak».

Dies ist auch in Bundesbern so empfunden worden. *Paul Jolles*, Chef des sogenannten Integrationsbüros in der Bundesverwaltung, berichtete am 23. Juli 1963 dem Bundesrat in einem als streng vertraulich eingestuften Dokument über ein Gespräch mit dem Leiter des *Policy Planning Board* des amerikanischen *State Department* wie folgt: «Mein Gesprächspartner vertritt vorbehaltlos die bekannte amerikanische Auffassung, dass das Nationalstaatentum in Europa historisch überholt sei und eine politische Einigung unvermeidlich erscheine, falls Europa weiterhin in der Weltpolitik eine Rolle spielen wolle.» Die an die Bundesräte *Wahlen* und *Schaffner* gerichtete Mitteilung von *Jolles* endete mit folgender persönlicher Bemerkung: «Das Gespräch hinterliess bei mir den Eindruck, dass man im *braintrust* des *State Department* mit Bezug auf Europa den Boden der Realitäten unter den Füssen verloren hat.» (dodis.ch/30356)

Die USA verfolgten offensichtlich geopolitische Ziele: Die europäischen Länder sollten in der EWG und der Nato einen einheitlichen Block bilden – gegen die Sowjetunion. Auch die Schweiz wurde massiv unter Druck gesetzt. Der «Paukenschlag» de Gaulles rettete die EFTA und ihre Idee der freiheitlichen Art der Zusammenarbeit in Europa – wenigstens vorläufig.

Der oben beschriebene «Stil» der Vereinigten Staaten ist auch heute zu beobachten. Die USA mischen sich auf ähnliche Weise in die Politik Europas ein. Sie haben mit massiven Wirtschaftssanktionen einen «Blitzkrieg» gegen Russland lanciert und verlangten, dass sich die europäischen Länder als einheitlicher Block hinter sie scharen. Dieser Blitzkrieg ist weitgehend gescheitert. Aber die Sanktionen bringen vor allem die europäischen Länder in Schwierigkeiten. – Leider ist heute kein *Charles de Gaulle* in Sicht.

Die Schweizer Unterhändler von damals wollten ähnlich wie de Gaulle ein Europa von souveränen Staaten, die mit ihrer Politik «das europäische Orchester zum Klingen bringen», wie *Albert Weisnauer* es einmal ausdrückte (dodis.ch/30358). Ein Beispiel: Im Jahr 2014 hatte die Schweiz den Vorsitz in der in Wien beheimateten OSZE, der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Wie der Schweizer Nachrichtenoffizier *Jacques Baud* heute berichtet, hat die Schweizer Delegation damals vorgeschlagen, dass sich die Ukraine föderalistisch organisiert und ihre Regionen über eine weitgehende Autonomie verfügen sollen, ähnlich wie in der Schweiz die Kantone. Als neutrales, mehrsprachiges Land hätte sie sowohl nach West als auch nach Ost gute Beziehungen pflegen können. Diese Idee fand Eingang in die beiden Abkommen von Minsk, die Frankreich und Deutschland zusammen mit Russland ausgehandelt haben. – Heute sind die Abkommen unglücklicherweise Geschichte, denn andere gaben die Linie vor. •

¹ Die Online-Datenbank «Dodis» enthält Tausende digitalisierter Dokumente zu den internationalen Beziehungen der Schweiz seit 1848, hauptsächlich aus dem Schweizerischen Bundesarchiv. Faszinierend sind u. a. Protokolle interner Gespräche des Bundesrates mit Regierungsmitgliedern anderer Staaten oder Berichte über das Geschehen im Bundeshaus, über das damals nicht berichtet wurde. Diese Dokumente waren damals streng vertraulich und sind heute – dank *dodis* – öffentlich zugänglich. – Begonnen hat diese Forschungsarbeit bereits 1972, seit 1997 ist sie online.

² https://ec.europa.eu/info/strategy/relations-non-eu-countries/relations-united-kingdom/eu-uk-trade-and-cooperation-agreement_de

Welche Schweiz wollen wir? – Nachdenken tut not!

von Dr. Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin

Auf Grund der Einschränkungen während der akuten Phase der Covid-19-Pandemie verbrachten viele Familien ihre Ferien in der Schweiz. Gut so! Für die Kinder war es eine Chance, die vielfältige, manchmal versteckte Schönheit unseres Landes kennenzulernen. Und vielleicht hatten sie sogar das Glück, dass ihnen Eltern oder Grosseltern ihr Wissen über die Geschichte, Geografie und Biologie der jeweiligen Standorte weitergaben – schliesslich sollten diese noch auf den entsprechenden, fachlich fundierten Schulunterricht zurückgreifen können. Zum Beispiel, wenn eine Familie auf dem Weg in den Tessin die St.-Bernardino-Route wählte, in Avers von der Autobahn abging und einen Zwischenhalt in der Rofflaschlucht machte. Das hatte vor mehr als fünfzig Jahren auch die Kinderbuchautorin *Margret Rettich* gemacht und dann beschlossen, ein Bilderbuch über die Geschichte dieses Ortes zu verfassen, wie aus einem Briefwechsel zwischen dem damaligen Verlag und der Familie *Gubser-Pitschen* zu erfahren ist.

Eine geschichtsträchtige Pause

Der Verleger schreibt: «Die Künstlerin und Autorin, Frau Margret Rettich, hat den Inhalt dieses Schicksals und seiner Ereignisse selbst bei Ihnen, in Ihrem Hotel Rofflaschlucht, erzählt bekommen. Bei der Überlegung der Darstellung und Verwirklichung eines solchen Buches waren Frau Rettich und wir uns darin einig, dass wir diese Geschichte nicht anonym, irgendwo in den Alpen spielend, herausbringen sollten, sondern mit den richtigen Namen und Ortsbezeichnungen. Dieses Bilderbuch sollte kein Märchenbuch werden, sondern ein Buch, welches heutigen und künftigen Kindern ein echtes Schicksal erzählt und zeigt, so dass sie dieses nicht nur in einem Buch bewundern können, sondern sich mit den Eltern angesprochen fühlen, selbst das Hotel Rofflaschlucht zu besuchen und den Wasserfall zu bestaunen.»¹

Ein Leben in Frieden und sozialer Absicherung

Die Geschichte ist tatsächlich eine herrliche Gelegenheit, mit den Kindern darüber ins Gespräch zu kommen, welche Sorgen und Nöte die Menschen unseres Landes im 19. Jahrhundert dazu bewegten, ihre Heimat zu verlassen und einen beschwerlichen Weg auf sich zu nehmen, um in einem fernen, unbekanntem Land ihr Glück zu versuchen – und auch darüber nachzudenken, in welcher Situation wir in unserem Land heute leben – mit einem Gefühl der Dankbarkeit für das, was unsere Vorfahren alles unternommen haben, damit wir in Frieden und sozialer Absicherung zusammenleben können.

In fremden Heeren ...

Noch vor 150 Jahren war dem nicht so. Viele Menschen machten sich damals auf, um in einem fremden Land eine neue Existenz aufzubauen. Das war kein neues Phänomen, denn schon in den vorhergehenden Jahrhunderten waren Menschen aus unserem Land ausgewandert. Zuerst wurden sie für fremde Kriegsdienste angeworben, was vom 13. Jahrhundert an bekundet ist. Heute ist es kaum vorstellbar, dass im 16. Jahrhundert rund ein Drittel der mehr als 16jährigen Männer einmal in fremden Kriegsdiensten stand, auch im folgenden Jahrhundert war es noch nahezu ein Viertel der männlichen Bevölkerung, die so der Armut zu entkommen suchte. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Kriegsdienst für fremde Mächte verboten. In der Schule noch davon gehört?

... oder als begehrte Fachleute

Aber auch junge Leute aus Patrizierfamilien oder dem wohlhabenden Bürgertum begaben sich ab dem 14. und 15. Jahrhundert ins Ausland an Universitäten, um sich dort auszubilden. Abkömmlinge von Adelsfamilien, Geistliche, Handels-, Finanz- und Baufachleute gehörten aus unterschiedlichen Gründen zu den Auswanderern, sie waren begehrte Fachleute, und ihre Wege führten nach Russland, Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts nahm auch die Auswanderung nach Nord- und Süd-



Wasserfall in der Rofflaschlucht. (Bild Hotel Rofflaschlucht)

amerika zu, und da schliesst sich der Bogen zur Geschichte vom Wasserfall.² Wie die Familie *Christian Pitschen-Melchior* aus der Rofflaschlucht zogen auch viele andere Familien Ende des 19. Jahrhunderts notgedrungen weg von ihrer Heimat. In ihrem Fall nach New York, wo sie ein hartes Leben erwartete. Eine optimistischere Zukunftsperspektive führte die Familie zurück in die Schweiz.

Der Vulkan Tambora – Missernten – Arbeitslosigkeit

Es war in den meisten Familie existentielle Not, weswegen die Menschen die Schweiz verliessen. In drei grossen Auswanderungswellen zog es sie neben Russland vor allem nach Nordamerika. Als 1815 in Indonesien der Vulkan *Tambora* ausbrach, soll die riesige Masse von Asche sogar in der Schweiz einen Teil des Sonnenlichts absorbiert haben, so dass 1816 als «Jahr ohne Sommer» in die Geschichte einging. Das führte zu Ernteausfällen, denen Teuerung, Hunger und Not folgten und 1816 und 1817 auch zu einer ersten grossen Häufung von Auswanderungen armer Bevölkerungsschichten.

Wiederum waren es Missernten, die zu Beginn der 1850er Jahre eine zweite grosse Welle der Auswanderung auslösten. Handwerker, Gewerbetreibende und Landwirte vor allem aus ländlichen Gebieten zogen weg. Schliesslich kam es zu einer letzten grossen Auswanderungswelle gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in der viele Schweizer Familien ihr Glück in Übersee suchten, da durch die sinkenden Weltmarktpreise zahlreiche Bauern in den Ruin getrieben wurden. Zudem war die Industrialisierung der Schweiz im Textilbereich zwar schon

weit fortgeschritten, aber nach der Aufhebung einer von Frankreich verhängten Wirtschaftsblockade gegen England wurde unser Land mit billigen Textilien überschwemmt. Viele Arbeitsplätze, vor allem die Heim- und Handarbeit, gingen verloren. Wirtschaftskrieg auch damals?³

Strapaziöse Überfahrt – schwere Lebensbedingungen

Wer mindestens 21 Jahre alt oder Familienvater war, konnte in den USA zu einem symbolischen Preis ein Stück Land erwerben, das nach fünf Jahren der Bewirtschaftung sein Eigentum wurde. Nicht allen war Glück

beschieden, gab es doch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Schweiz kaum gesetzliche Regelungen, an die sich Auswanderungsagenturen halten mussten. Einzelne Werber oder Agenturen lockten mit falschen Versprechungen. Nicht selten profitierten dabei vor allem sie selbst und stürzten die Auswanderer ins Elend. Allein schon die Überfahrt im Zwischendeck eines grossen Schiffes war strapaziös, und viele überlebten sie nicht. Auch wurden die Auswanderer in ihrem Lande der Träume nicht mit offenen Armen empfangen, oder sie wurden bei der Besiedlung zur Vertreibung der indigenen Bevölkerung missbraucht. Oft mussten sie schwerste, schlecht bezahlte Arbeiten übernehmen, wie es in der «Geschichte vom Wasserfall» beschrieben wird, oder das versprochene Land war kaum zu bewirtschaften. Zwar gibt es heute Nova Friburgo in Brasilien. Oder Berne im amerikanischen Bundesstaat Indiana, wo Mennoniten aus der jurassischen Gemeinde Moutier Wildnis und Sumpfland gerodet und gegen Bären, Wölfe und Krankheiten gekämpft hatten. Die im Zürichental auf der Krim angesiedelten Schweizer wurden später unter Stalin deportiert und der Ort in Zolotoe Pole (Goldenes Feld) umbenannt.⁴ Viele Auswanderer kehrten enttäuscht in die Schweiz zurück, so wie die Familie Pitschen-Melchior in die Rofflaschlucht. Hier erwartete sie eine bessere Zukunft, denn die Schweiz entwickelte sich zusehends zu einem Sozialstaat, in dem die Menschen in Frieden zusammenleben konnten. Dazu trugen viele unserer Vorfahren bei.

Das alles sollten die Kinder von ihren Eltern, Grosseltern erfahren – und sie müssen es – damit sie ihre Kultur wertschätzen und sich darin verwurzeln können.

Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens schaffen

Wie an vielen Orten auf der Welt, machten sich auch hierzulande zahlreiche verantwortungsbewusste Menschen Gedanken und setzten ihre Kräfte ein, um ein gemeinsames, gleichberechtigtes Leben zu gestalten.⁵ Sie trugen die zu lösenden Probleme zusammen, schöpften die bisherigen Erfahrungen aus und nutzten neue Forschungsergebnisse unterschiedlicher Wissenschaftszweige – immer mit dem Ziel, in unserem Land mit vier Sprachgebieten und Kulturen, städtischen und ländlichen Gebieten und verschiedenen Religionen die Grundlagen zu einem friedlichen Zusammenleben in unserer direkten Demokratie zu schaffen und die Menschen dazu zu befähigen, ihre Aufgabe darin zu übernehmen.

Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften, speziell der Personalen Psychologie, trugen dazu bei, Verantwortungsgefühl und Verbundenheit mit den Mitmenschen und ihrem Land zu legen. Der Familie kommt dabei allerhöchste Bedeutung zu, denn sie ist der wichtigste Ort, in dem kulturelle Werte und Normen von Generation zu Generation vorgelebt, weitergegeben und auch weiterentwickelt werden.⁶ Aber auch den Bildungsstätten kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Entsprechend wurden auch die Lehrpläne der Schulen ausgestaltet. Dazu gehört es, den Kindern und Jugendlichen Einblick zu geben in die Geschichte und Kultur des Landes, in dem sie leben, und hier ist die Schule in besonderem Masse gefordert.

Wir wollen frei sein ...

So hiess ein Geschichtslehrmittel von *Franz Meyer*, mit dem während langer Jahre die Kinder in die Geschichte unseres Landes eingeführt wurden. Der Titel griff sinnig eine Forderung des Rütlichschwurs auf: «Wir wollen frei sein, wie die Väter waren ...», ein wichtiges Erziehungsziel, zu dem wir unsere nachfolgende Genera-

Werbung der Auswanderungsagentur Zwilchenbart im Nidwaldner Bauernkalender um 1900. (Bild Staatsarchiv Basel-Landschaft)

Fortsetzung auf Seite 7

Von der Einzigartigkeit des Menschen

«Das Göttliche» von Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

von Winfried Pogorzelski

Schon die ersten zwei bekannten Verse dieser Hymne richten einen hohen Anspruch an uns Menschen, wenn wir dazu angehalten werden, edel, hilfreich und gut zu sein. Die Begründung folgt prompt: Die genannten Fähigkeiten würden uns Menschen von allen anderen bekannten Wesen unterscheiden. Trotz fehlender Gewissheit, ob es Götter gibt und wie ihr Wesen sein mag, solle der Mensch so leben und wirken, dass man die Existenz von Göttern vermuten könne, heisst es weiter in der zweiten Strophe: «Ihnen gleiche der Mensch.»

Es folgt eine Reihe von Argumenten. Der Blick auf die Natur untermauert die einzigartige Stellung des Menschen: Sie kenne kein Mitgefühl, verhalte sich allen gegenüber völlig gleich: «Es leuchtet die Sonne / Über Bös' und Gute, / und dem Verbrecher / Glänzen wie dem Besten / Der Mond und die Sterne.» Auch der Unbill der Natur wie Stürmen und Gewitter seien wir alle ohne Unterschied ausgesetzt. Wie die Natur wähle sich auch das Glück im Sinne von Schicksal nicht seine Opfer bzw. seine Glückskinder aus. Denn es richte nicht, noch belohne es. Sondern wie ein mit Blindheit Geschlagener «tappt» es «unter die Menge, / Fasst bald des Knaben / Lockige Unschuld, / Bald auch den kahlen / Schuldigen Scheitel», also ganz unabhängig vom Ansehen dessen, den es erwischt.

Ganz anders als Natur und Schicksal vermag das menschliche Wesen in seiner Sonderstellung das scheinbar «Unmögliche»: Es kann differenzieren, sich ein Urteil erlauben; zudem habe der Mensch eine gewisse Wahlfreiheit. Er habe auch die Gabe, mittels der Kunst schöpferisch tätig zu sein: «Er kann dem Augenblick / Dauer verleihen.» Dichtung, Musik, bildende Kunst halten fest, was den Künstler beschäftigte, als er sein Werk schuf.

Was sich daraus für die menschliche Existenz ergibt, ist ein gerüttelt' Mass an Verantwortung: «Den Guten lohnen, / den Bösen strafen, / Heilen und retten» seien verantwortungsvolle Aufgaben, denen sich der Mensch mit seinen Fähigkeiten zu stellen habe. Und er sei in der Lage, zum Wohle von Mensch und Welt Wissenschaft zu betreiben: «Alles Irrende, Schweifende / Nützlich verbinden.»

Wir Menschen stellen uns die Götter als idealisierte Menschen vor. Folglich kann jetzt vom «edlen Menschen» gesprochen werden; während zu Beginn im Konjunktiv («sei») noch davon die Rede war, dass der Mensch die Aufgabe habe, edel zu sein, so steht jetzt fest: Der Mensch ist edel, und als solchem komme ihm allein unter dem Himmel die Aufgabe zu, stets das «Nützliche, Rechte» zu erwirken, so dass er ein Vorbild im Sinne

Johann Wolfgang von Goethe: Das Göttliche

Edel sei der Mensch, Hilfreich und gut! Denn das allein Unterscheidet ihn Von allen Wesen, Die wir kennen.	Wind und Ströme, Donner und Hagel Rauschen ihren Weg Und ergreifen Vorüber eilend Einen um den andern.	Er allein darf Den Guten lohnen, Den Bösen strafen, Heilen und retten, Alles Irrende, Schweifende Nützlich verbinden.
Heil den unbekanntem Höherm Wesen, Die wir ahnen! Ihnen gleiche der Mensch; Sein Beispiel lehrt uns Jene glauben.	Auch so das Glück Tappt unter die Menge, Fasst bald des Knaben Lockige Unschuld, Bald auch den kahlen Schuldigen Scheitel.	Und wir verehren Die Unsterblichen, Als wären sie Menschen, Täten im Großen, Was der Beste im Kleinen Tut oder möchte.
Denn unführend Ist die Natur: Es leuchtet die Sonne Über Bös' und Gute, Und dem Verbrecher Glänzen wie dem Besten Der Mond und die Sterne.	Nach ewigen, ehrnen, Grossen Gesetzen Müssen wir alle Unseres Daseins Kreise vollenden. Nur allein der Mensch Vermag das Unmögliche: Er unterscheidet, Wählet und richtet; Er kann dem Augenblick Dauer verleihen.	Der edle Mensch Sei hilfreich und gut! Unermüdet schaff' er Das Nützliche, Rechte, Sei uns ein Vorbild Jener geahneten Wesen.

eines «Vorausbildes» der nach wie vor nur «geahneten Wesen» – der Götter nämlich – sein könne. Im Göttlichen, das vage bleibt, spiegle sich also das stets nach Sittlichkeit strebende Wesen Mensch.

Bis auf die sechste Strophe, in der es darum geht, dass der Mensch als Naturwesen den Naturgesetzen unterworfen ist («Nach ewigen, ehrnen, / Grossen Gesetzen»), haben alle anderen Strophen sechs Verse (Zeilen); ab der siebten folgen die Ergebnisse des Gedankengangs. Auf ein regelmässiges Versmass, das heisst auf eine regelmässige Abfolge unbetonter und betonter Silben, verzichtet der Dichter. Auch die Satzstrukturen sind schlicht: Hauptsätze mit Aufzählungen («Wind und Ströme / Donner und Hagel», «Heilen und retten, / Alles Irrende, / Schweifende»), sparsam verwendete Adjektive und Adverbien, manchmal ein Nebensatz, einige Appelle und Wortwiederholungen unterstreichen die Aussage des Gedichts. Diese formalen Eigenheiten verleihen dem Gedicht den getragenen, feierlichen Grundton einer Hymne.

Die Epoche, für die Gedankenlyrik dieser Art kennzeichnend ist und auf die sich Goethe hinbewegt, ist die Weimarer Klassik, die mit der Freundschaft und künstlerischen Zusammenarbeit zwischen Goethe und Friedrich Schiller (ab 1794) beginnt und mit dem Tode Schillers (1805) endet. Die Vertreter der Epoche teilen grundsätzlich die Ziele der Französischen Revolution, lehnen aber jegliche Gewaltanwendung ab

und setzen statt dessen auf eine evolutionäre Entwicklung. In Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Literatur und der Kunst des antiken Griechenland, der Renaissance und der Aufklärung wächst die Überzeugung, dass Erziehung und Bildung Menschen hervorbringen können, die Pflicht und Neigung in Übereinstimmung bringen und sich dem allgemeinen Sittengesetz verpflichtet fühlen; Schiller prägte den Begriff der «schönen Seele».

Goethe schrieb das Gedicht bereits im Jahr 1783. Acht Jahre zuvor war er auf Wunsch des Erbprinzen von Sachsen-Weimar Carl August und der Herzoginmutter Anna Amalia nach Weimar gekommen; er liess die Jahre des «Sturm und Drang» und des «Geniekultes» hinter sich und wendete sich dem Studium der Antike und der Geschichte zu. Von Beginn an war er jedoch auch in zahlreiche Pflichten der Verwaltung des Kleinstaates eingebunden: Er war zuständig für den Bergbau und Vorsitzender zweier ständiger Kommissionen, der Wegebau- und der Kriegskommission, in den unruhigen Zeiten wichtige Funktionen. Er entwickelt zunehmend Selbstdisziplin, Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein, dies auch unter dem Einfluss von Charlotte von Stein, Hofdame von Anna Amalia und enge Freundin Goethes, und von Theologen Johann Gottfried Herder. Goethe hatte ihn in Strassburg kennen- und schätzen gelernt; auf seinen Wunsch kam Herder nach Weimar und übernahm dort wichtige Ämter



Goethe in Weimar – um 1780. (Bild <https://schattenriss.jimdofree.com/j/privacy>)

wie diejenigen des Generalsuperintendenten und des ersten Predigers an der Stadtkirche Peter und Paul. Ihm verdankte der Dichter wertvolle Anregungen. Vor allem sprach ihn Herders Grundüberzeugung vom Wesen des Menschen an, wie er sie später in seinen «Briefen zur Beförderung der Humanität» (1793–1797) niederschrieb: «Humanität ist der Charakter unseres Geschlechts, er ist uns aber nur in Anlagen angeboren und muss eigentlich ausgebildet werden.»

Im Jahre 1786 brach Goethe fluchtartig nach Rom auf. Das Leben am Hof und die damit verbundenen Pflichten hatte er zunehmend als einengend und für seine literarische Arbeit wenig förderlich empfunden. In der Ewigen Stadt setzte er seine Naturstudien fort und widmete sich der Antike und der Renaissance. Nach seiner Rückkehr nach Weimar 1788 liess er sich von seinen zahlreichen Verwaltungsaufgaben entbinden und übernahm statt dessen die Oberaufsicht über das Weimarer Theater, die ihn in der Folge neben seiner Tätigkeit als Dichter ganz in Beschlag nahm.

Quellen:

Goethe, Johann Wolfgang von. «Das Göttliche», in: Goethe, Johann Wolfgang von. *Sämtliche Werke in 18 Bänden, Bd. 1. Gedichte*. Zürich 1977, S. 324f.
«Gedanken und Aphorismen aus der Feder von Johann Gottfried Herder». <http://lexikus.de/bibliothek/Gedanken-und-Aphorismen-aus-der-Feder-von-Johann-Gottfried-Herder/Humanitaet>
Best, Otto F.; Schmitt, Hans-Jürgen. *Die deutsche Literatur, Ein Abriss in Text und Darstellung 7*, Stuttgart 1974, S. 120ff.
Nürnberg, Helmuth. *Geschichte der deutschen Literatur*. München, Düsseldorf, Stuttgart 2006, S. 137ff.

«Welche Schweiz wollen wir? ...»

Fortsetzung von Seite 6

tion hinführen und bilden müssen (aber – ob es wohl im internationalistischen Lehrplan 21 aufgeführt ist?). Doch diese Forderung nach Freiheit kann nicht ohne Verantwortung für das Gemeinwesen sein, worauf schon Johann Heinrich Pestalozzi aufmerksam gemacht und deshalb gefordert hatte, dass die Demokratie ihre Bürger geistig und sittlich bilden müsse, um sie zur Freiheitsfähigkeit zu erziehen. Er machte damit auf die Bedeutung von Bildung und Erziehung für ein Zusammenleben in Würde und Freiheit aufmerksam.⁷

Integrität und demokratische Überzeugung

Gerade die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie ist hier besonders gefordert. Speziell die von ihren Mitbürgern in Ämter gewählten Entscheidungsträger brauchen menschliche Reife, damit sie diese verantwortungsbewusst ausfüllen. Sie müssen ihr Leben und ihre Arbeit auf dem Boden von ethischen Werten gestalten, dürfen keinen Mangel an Integrität und demokratischer Überzeugung aufweisen und sich nicht treiben lassen von Bedürfnissen nach Macht und Anerkennung und der Gier nach Geld. Das bedingt eine Verwurzelung in der eigenen Kultur und Geschichte, sonst sollen sie lieber die Finger

von öffentlichen Aufgaben lassen. Dass solche Persönlichkeiten bereitstehen, beginnt mit der Erziehung und Bildung der nachfolgenden Generation in der Familie, der Schule und der Gesellschaft.

Welche Schweiz wollen wir?

In den letzten Wochen war es erschreckend zu erleben, wie durch unsere Regierungsvertreter der Schweizer Neutralität der Boden

und die Substanz entzogen wurden. Mit von Spin-doctors eingehauchten billigen Argumenten wollen sie der Schweizer Bevölkerung dieses Grundelement unserer Demokratie madig machen. Hier darf durchaus die Frage nach der «Regierungsfähigkeit», wie Pestalozzi es nannte, gestellt werden. Was sollen dann später die Eltern und Grosseltern sagen, wenn sie den Kindern die Geschichte der Familie Pitschen-Melchior erzählen, die

in die Schweiz zurückkam und hier eine Zukunft in Frieden und sozialer Gerechtigkeit aufbauen konnte? Sollen sie sagen: «Es war einmal?»

Was erzählen Sie zu Weihnachten Ihren Kindern?

von Annemarie Buchholz-Kaiser

Erzählen wir zu Weihnachten unseren Kindern, dass es früher einmal Demokratien gab? Länder, wo die Menschen frei waren, wo sie über ihre Gesetze bestimmen konnten, wo jeder Bürger und jeder Einwohner von Natur aus eine Würde hatte, wo es Menschenrechte gab und jeder einen Anspruch auf eigenes Denken, auf eine eigene Meinung hatte, eine freie Meinung, ein Recht auf eine eigene Religion und Tradition, auf Rechtsverfahren, die an Beweise gebunden waren? Erzählen wir ihnen nächstes Jahr, dass – früher – den Menschen der Friede ein grosses Anliegen war, dass sie sich dafür mit ganzer Kraft und Überzeugung ein-

gesetzt haben? Dass sie überlegt haben, wie man den ärmeren Ländern der Welt helfen könnte? Dass es einmal Stimmen gab für Frieden und soziale Gerechtigkeit? Dass es einmal eine Schweiz gab, in der mehrere Sprachregionen, mehrere Mentalitäten, mehrere Religionen dank direkter Demokratie ein Modell friedlichen Zusammenlebens, ein Filigranwerk an demokratischem Gestalten von unten nach oben, entwickelt hatten, das auch für Krisen- und Kriegsregionen der Welt einen Ausweg bieten würde? Erzählen wir ihnen all das im Imperfekt? Oder tun wir vorher noch einiges andere?

Quelle: Zeit-Fragen vom 21.12.2001

¹ Das Bilderbuch erschien erstmals 1974 und wurde seither immer wieder neu aufgelegt, letztmals 2015. Rettich, Margret. *Die Geschichte vom Wasserfall*. Baeschlin-Verlag

² vgl. Head-König, Anne-Lise. «Auswanderung». In: *Historisches Lexikon der Schweiz* (HSL). Version vom 15.10.2007. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007988/2007-10-15/>, abgerufen am 13.07.2022

³ vgl. Altweg, Jonas; Tieber, Sandro. *Migration. Schweizer Amerikawanderung des 19. Jahrhunderts. Vertiefung: Not und Armut in der Ostschweiz*. www.sozialgeschichte.ch/themen/schweizer-amerikawanderung-des-19-jahrhunderts, abgerufen am 16.7.2022

⁴ Koci, Petra. «Die Schweiz anderswo». www.blog.nationalmuseum.ch abgerufen am 16.7.2022. www.sozialgeschichte.ch. abgerufen am 16.7.2022

⁵ vgl. Wüthrich, Werner. *Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz. Geschichte der freiheitlich-demokratischen Wirtschaftsverfassung der Schweiz*. Verlag Zeit-Fragen 2020

⁶ vgl. Buchholz-Kaiser, Annemarie. «Die Bedeutung der Wertevermittlung in der Familie für die Würde und den Wert des menschlichen Lebens». In: *Zeit-Fragen*, Dezember–Januar 1999/2000

⁷ vgl. Brühlmeier, Arthur. «Pestalozzis Anschauungen über Wesen und Funktion des Staates». www.heinrich-pestalozzi.de/grundgedanken/staat, abgerufen am 17.7.2022

«Russland – Menschen und Orte in einem fast unbekanntem Land»

von Gisela Liebe



Die Idee zu diesem aussergewöhnlichen Buch hatte *Heino Wiese*, der als Unternehmer und Politikberater langjährige wirtschaftliche und persönliche Beziehungen zu Russland hat. Er schickte 2013 zwei Teams, bestehend jeweils aus einer jungen Journalistin und einem Fotografen, auf eine Reise durch das grösste Land der Erde. Sie sollten dort russische Menschen in den verschiedensten Regionen interviewen und in ihrem Alltag und ihrer jeweiligen Lebenssituation vorstellen. Das Team mit *Jessica Schober* und *Olga Matweewa* bereiste Russlands Westen von Kaliningrad über Smolensk, Sotschi, Moskau, Wolgograd und St. Petersburg bis Kasan; *Wlada Kolosowa* und *Ewgeny Makarov* machten sich auf die Reise durch Sibirien, ausgehend von Jekaterinburg, der Millionenstadt, die dem Ural und damit der Grenze zwischen Asien und Europa am nächsten ist, über Nowosibirsk bis hin nach Magadan und Wladiwostok, beide jeweils um die 10000 km von Moskau entfernt. An insgesamt 30 Orten trafen sie unterschiedlichste Menschen, häufig spontan und zufällig, und liessen sich ihre Geschichten erzählen. So entstand ein vielfältiges Kaleidoskop von unterschiedlichsten Menschen, wie sie in ihren Städten und Landschaften leben. Der Leser erhält so einen Einblick in die grosse ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt Russlands. Vom Hausmeister der Datscha *Jelzins* über Bergarbeiter, Künstler, Wissenschaftler, Bademeister und Politiker bis zur Schaffnerin in der *Transsibirischen Eisenbahn* lernt man insgesamt 42 Menschen kennen. Begleitet werden die anschaulichen Texte von zahlreichen Fotos von Menschen und Orten, die den fast unwiderstehlichen Wunsch wecken, dieses grosse Land einmal zu besuchen und seine Bewohner persönlich kennenzulernen.

Chorleiterin in Transbaikalien

Den Anfang des Buches macht eine Chorleiterin in einem Dorf mit 700 Einwohnern in Transbaikalien (5665 km von Moskau entfernt), wo seit dem 17. Jahrhundert eine Glaubensgemeinschaft von sogenannten Altgläubigen lebt, die von der Zarin *Katharina der Grossen* verbannt worden waren und seitdem dort ihre kulturellen und religiösen Traditionen weiterleben. Ihre berühmten polyphonen Gesänge gehören mittlerweile zum *Unesco*-Weltkulturerbe. Heute leben sie mit Internet, aber immer noch in Holzhäusern ohne Kanalisation. Den Abschluss des Buches, nach den besuchten Städten alphabetisch geordnet, bildet Wolgograd, das frühere Stalingrad, wo die Erinnerung an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs von der sogenannten «Such-Oma», der 73jährigen *Dea Wrazowa*, aufrechterhalten wird. Sie sammelt alle Informationen, Erinnerungen und Schriftstücke über die Kriegszeit. «Man muss doch die Geschichte des Ortes kennen, an dem man wohnt, seiner kleinen Heimat», sagt *Wrazowa*. Gegenüber dem früheren Kriegsgegner Deutschland ist auch ihre 91jährige Kameradin *Zinaida Petrowna Stepykina* versöhnlich: «Ich hege keinen Groll gegen die Deutschen», sagt sie. «Wir haben ja schon damals gemerkt, dass nicht alle Deutschen Faschisten sind, dass es verschiedene Menschen gibt.»

Schachspiel und Buddhismus in Kalmückien

Elista (1261 km von Moskau entfernt) ist die Hauptstadt Kalmückiens, einer südrussischen Provinz nahe der Grenze zu Georgien. Der Nationalsport in Kalmückien ist das Schachspiel, das jedes Kind von klein auf lernt. Die besten dürfen an der Schachakademie vier Stunden täglich trainieren. Der Leiter der Schachakademie *Alexander Abaschinow* ist stolz darauf, dass während seiner Amtszeit schon drei Russlandmeister und drei Europameister aus Kalmückien hervorgegangen sind. Ein Grossmeister habe einmal an 30 Brettern gleichzeitig gespielt. In Elista befindet sich auch der Churul, der Tempel der buddhistischen Gemeinde. *Telo Tulku Rinpoche* ist das geistige Oberhaupt der 160000 Buddhisten in Kalmückien. In den USA geboren, wurde er mit sieben Jahren von seinen Eltern, die mongolischen Ursprungs waren, in ein buddhistisches Kloster nach Indien ge-



In Nischni Nowgorod begegnen sich die Flüsse Oka und Wolga. (Bild im Buch auf Seite 78)

schickt. «Dort war ich 13 Jahre lang. Mit 21 begleitete ich den *Dalai Lama* auf seiner ersten Reise nach Kalmückien. Er bat mich zu bleiben. So habe ich meine Wurzeln kennengelernt.» Kalmückien ist nicht nur die älteste buddhistische Region in Russland, sondern sogar in ganz Europa. «Anfang der neunziger Jahre war hier nichts vom Buddhismus übrig, kein Kloster, kein Tempel, kein einziger Mönch. Es wurde aber dringend jemand gebraucht, der die Wiedereinführung der Religion übernehmen konnte. Ich wurde gebeten, das zu tun. Ich wusste, ich konnte nicht viel Bekanntes bei der Bevölkerung voraussetzen, aber es hat mich überrascht, wie viele Gebete und Rituale die ältere Generation noch bewahrt hatte.» Seither wurden in Kalmückien rund 30 Tempel gebaut.

Viele der vorgestellten Menschen haben mehrere Berufe. *Anton Kuklin* aus Wladiwostok (9127 km von Moskau, dafür nur 150 km von der chinesischen Grenze entfernt) hat eine Matrosenausbildung gemacht, ein Ingenieurstudium der Fischindustrie absolviert, grosse Erfolge als Kickboxer gefeiert und arbeitet nach vielen Umwegen im Leben mittlerweile bei einer Bank.

Permafrost in Jakutsk

In Jakutsk (8352 km und sechseinhalb Flugstunden von Moskau entfernt) beträgt die Durchschnittstemperatur im Winter minus 42 Grad. Die Republik Sacha (Jakutien), deren Hauptstadt Jakutsk ist, ist so gross wie Indien, hat aber nur eine Million Einwohner. Die ganze Republik Jakutien liegt auf Permafrostboden, der nur im Sommer bis zur Tiefe von zwei bis drei Metern auftaut. *Viktor Schepeljew*, 71, ist stellvertretender Direktor des *Permafrost-Instituts* in Jakutsk, des einzigen Instituts weltweit, das Dauerfrostböden untersucht. 65 Prozent der Landfläche Russlands sind ständig gefroren, teils bis zu einem Kilometer tief. Im Labor des Instituts zwölf Meter

unter der Erde herrscht eine konstante Temperatur von minus sechs Grad. *Viktor Schepeljew* macht sich Sorgen um den Umgang des Menschen mit der Natur und äussert sich zu den riesigen noch unerschlossenen Bodenschätzen in Sibirien. «Meiner Meinung nach sollte man Sibirien in Ruhe lassen. Der Norden und die Arktis sind Säuberungsfabriken unserer Erde. Wir dürfen die Weltfilter nicht kaputt machen. Vielmehr sollte man darüber nachdenken, die natürliche Ressource unserer Region zu nutzen: die Kälte. Man könnte zum Beispiel die Kristallisationsenergie nutzen – Energie, die beim Gefrieren freigesetzt wird. Die Permafrostböden sind ausserdem ein Archiv der Weltgeschichte: Man findet hier gut erhaltene Mammutkadaver und andere prähistorische Tiere. Ausserdem ist Permafrost eine natürliche Tiefkühltruhe. Man könnte hier Keller graben und darin jahrhundertlang Lebensmittel lagern. Ich sage Ihnen: Der Frost ist ein wunderbares Erhaltungsmittel. Schauen Sie mich an! Ich bin 71, bin seit zwölf Jahren nicht mehr im Urlaub gewesen und fühle mich wie dreissig.»

Forschung und Datscha

Die Region Tjumen (2120 km von Moskau entfernt) gilt als Saudi-Arabien Russlands – hier sind 64% der Erdöl- und 93% der Erdgasvorkommen Russlands gelagert. Die 31jährige *Ekaterina Matyuschkina* arbeitet hier in der Stadt Tjumen als Endokrinologin in einer Einrichtung für alte Menschen und forscht zu Altersdiabetes. Ihre 65jährige Mutter passt auf ihre kleine Tochter auf, während sie arbeitet. «Ohne sie wäre es schwer, Kind und Karriere zu vereinbaren, oder Kind und Studium – was hier immer noch viele machen. Ohne Omas und Opas würde das so nicht funktionieren. Und dieses Gefühl, gebraucht zu werden, hält jung. Nach dem Motto: Ich darf nicht krank werden, ich habe doch die Datscha, ich habe doch die Kleinen.»



Am Ufer des Baikalsees. (Bild im Buch auf Seite 62)

Buch-Widmung von Heino Wiese

Ich widme dieses Buch meinem Vater *Otto Wiese*, der 1941 als 18jähriger in den Krieg mit Russland marschieren musste, der fast drei Jahre als Kriegsgefangener in den Wäldern Nischni Tagils die Äxte der Baumfäller schärfte, der mit 24 Jahren, schwer krank und auf 38 kg abgemagert, wieder in die Heimat kam, der 1985 Moskau und Leningrad besuchte und begeistert zurückkam und der mich gelehrt hat, dass Russland schön und die Russen herzliche und liebenswerte Menschen sind.

«Lernen von denen, die du liebst»

In der Kleinstadt Schtschokino, die 210 km von Moskau entfernt ist, besucht *Wlada Kolosowa* ihre ehemalige Lehrerin *Nadeschda Chrjatschkowa*, an deren Esstisch sie als Schülerin viele Abende verbracht hat. Deren pädagogische Überzeugung: «Ich glaube daran: Lernen kannst du nur von denen, die du liebst». Ihre ehemalige Schülerin *Wlada Kolosowa* erinnert sich, dass sie ihre Lehrerin innig geliebt hatten und dass sie ihr Omas Piroggen, ihre Sorgen und auch Strassenkatten nach Hause gebracht hatten. Die Türen der Lehrerin seien zu jeder Tageszeit offen gestanden. «Vielleicht ist es eine russische Tradition, Rund-um-die-Uhr-Lehrer zu sein. Viele unserer Schriftsteller haben sich auch als Lehrer gesehen», sagt *Chrjatschkowa* und verweist auf *Dostojewski* und *Tolstoi*.



ISBN 978-3-7374-0709-0

Der Mufti von Tartarstan

Kasan, eine Millionenstadt an der Wolga (808 km von Moskau entfernt), ist das muslimische Zentrum Russlands. 52% der Bevölkerung, die hier lebt, sind Tataren, die neben Russisch auch Tatarisch sprechen. Als Kasan 2005 seinen 1000jährigen Geburtstag feierte, wurde auch die grosse *Kul-Scharif-Moschee* eingeweiht. In den neunziger Jahren gab es in der autonomen Republik Tartarstan nur 20 Moscheen, während es heute rund 1500 sind. Der Mufti von Tartarstan, der 28jährige *Kamil Hazrat Samigullin*, erklärt, dass zu Sowjetzeiten muslimische Gelehrte nach Sibirien deportiert wurden und viele Gläubige heimlich in Richtung Mekka gebetet hätten. Die Wiedergeburt des Islam sei in den neunziger Jahren gekommen; inzwischen bekennen sich 60% der 3,7 Millionen Tataren zum Islam. Die russische Orthodoxie ist hier in der Minderheit. In der Schule dürfen die Mädchen ein Kopftuch tragen, was in manchen Regionen Russlands verboten ist. Zum Zusammenleben der Religionen erklärt der Mufti: «Der Rabbi, der Patriarch und ich, wir sind direkt verbunden. Vieles läuft zwar parallel, wir haben zum Beispiel eine eigene Druckerei, die Christen haben ihre eigene. Im Privatleben sind aber viele Tataren und Russen, Muslime und Christen befreundet. In der Schule lernen die Kinder, unabhängig von der Konfession, die gemeinsame Geschichte der Religion.»

Russland gehört zu Europa und ist mit seiner kulturellen Vielfalt, seiner Geschichte und seinen liebenswerten Menschen ein Land, mit dem wir verbunden sind und das wir näher kennenlernen sollten, statt uns noch weiter zu entfremden.